

OLIMPIA

**HERSTELLUNG VON
FAHRRÄDERN, HANDEL UND
DIENSTLEISTUNGEN**

**GESELLSCHAFT MIT
BESCHRÄNKTER HAFTUNG**

**DATENSCHUTZHINWEIS UND
DATENVERARBEITUNGSPOLITIK**

Spezifische Aktivität:

Entwurf, Montage und Verkauf von Fahrrädern.

Hauptsitz:

1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.

Standort:

1172 BUDAPEST, Lokátor utca 6.

Nummer des Unternehmensregisters: 01-09-566339

Steuernummer: 12216109-2-42

Verzeichnis der Inhalte:

1. Die GPDR-Richtlinie zum Datenschutz und zur Datenverwaltung.
2. Allgemeiner Hinweis zur Datenverarbeitung.
3. Die GDPR-Informationsschrift und die Einverständniserklärung der Mitarbeiter.
4. Die Zustimmung zum Zugriff auf die personenbezogenen Daten des Arbeitnehmers und deren Verarbeitung.
5. Datenschutzrechtlicher Hinweis und Einwilligungungsvertrag.
6. Die Prüfung der Interessenabwägung.
7. Datenschutzrechtlicher Hinweis.
8. Datenschutzrechtliche Bestimmungen für Kameraüberwachungssysteme.
9. Die Datenschutz- und Datenverwaltungspolitik für das Kameraüberwachungssystem.
10. Grundlegende GDPR-bezogene Aktivitäten auf der Website.
11. Die Unterrichtung der betroffenen Person über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten.

Erstellt von: Zádori Tibor Adatvédelmi Tisztviselő

e-mail: gdpradatvedelmiszabalyzat@gmail.com

Dieses Dokument ist gültig ab: 18.12.2023.

Fälligkeit der Überprüfung: bis zur Umstellung der Datenverwaltung, spätestens jedoch bis Dezember 2024.

Anwendung der Politik zum Schutz der Privatsphäre und des Datenschutzes

Name der Organisation:	Olimpia Kerékpár Kft.
Der Sitz der Organisation:	1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.
Die Person, die für den Inhalt des Kodex verantwortlich ist:	C. Szabó Péter
Das Datum des Inkrafttretens dieser Vorschriften:	2023.12.18.

Diese Richtlinie enthält Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Verkehr personenbezogener Daten. Sie gilt für bestimmte Datenverarbeitungstätigkeiten sowie für die Erteilung von Anweisungen und Hinweisen zur Datenverarbeitung.

Die Verpflichtung, einen Datenschutzbeauftragten zu beschäftigen (zu benennen), gilt für alle Behörden oder andere Einrichtungen mit öffentlichen Aufgaben (unabhängig von den Daten, die sie verarbeiten) sowie für andere Organisationen, deren Haupttätigkeit in der systematischen, groß angelegten Überwachung von Personen besteht oder die eine große Zahl besonderer Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten.

Die Organisation muss einen Datenschutzbeauftragten ernennen

anwenden trifft nicht zu

Wenn ein Datenschutzbeauftragter beschäftigt ist:

Name:	
Sein Standpunkt:	
Verfügbarkeit:	

Geltungsbereich des Kodex

Diese Politik ist bis auf Widerruf gültig und gilt für die Beamten, Angestellten und den Datenschutzbeauftragten der Organisation.

Datum: 2023.12.18

.....
der Leiter der Organisation

Zweck des Kodex

Zweck dieser Richtlinie ist es, die Anforderungen der anderen internen Vorschriften der Organisation in Bezug auf die Datenverwaltungstätigkeiten zu harmonisieren, um die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen zu schützen und eine angemessene Verarbeitung personenbezogener Daten zu gewährleisten.

Die Organisation ist bestrebt, bei ihren Tätigkeiten die rechtlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates, in vollem Umfang zu erfüllen.

Darüber hinaus besteht ein wichtiger Zweck der Herausgabe dieser Richtlinie darin, sicherzustellen, dass die Mitarbeiter der Organisation in der Lage sind, die Daten natürlicher Personen rechtmäßig zu verarbeiten, indem sie diese Richtlinie kennen und befolgen.

Schlüsselbegriffe, Definitionen

- die **GDPR** (General Data Protection Regulation) ist die neue EU-Datenschutzverordnung
- **Verarbeitung Verantwortlicher**: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheidet; werden die Zwecke und Mittel der Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten bestimmt, so können auch der für die Verarbeitung Verantwortliche oder spezifische Kriterien für die Bestimmung des für die Verarbeitung Verantwortlichen durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten festgelegt werden;
- **Verarbeitung**: jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten oder einer Reihe personenbezogener Daten wie das Erheben, das Speichern, die Organisation, die Strukturierung, die Aufbewahrung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Benutzung, die Weitergabe, die Übermittlung, die Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, die Kombination oder die Verknüpfung sowie das Einschränken, Löschen oder Vernichten;
- **Auftragsverarbeiter**: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet;
- **Personenbezogene Daten**: alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person (betroffene Person); als bestimmbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer

Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind;

- **Dritter**: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle außer der betroffenen Person, dem für die Verarbeitung Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter oder den Personen, die unter der unmittelbaren Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters befugt sind, personenbezogene Daten zu verarbeiten;
- **Einwilligung der betroffenen Person**: eine freiwillige, spezifische, in Kenntnis der Sachlage getätigte und unmissverständliche Willensbekundung der betroffenen Person, mit der sie durch eine Erklärung oder eine eindeutige bestätigende Handlung ihr Einverständnis mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten erklärt;
- **Einschränkung der Verarbeitung**: Kennzeichnung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken;
- **Pseudonymisierung**: die Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Weise, dass die Identifizierung der natürlichen Person, auf die sich die personenbezogenen Daten beziehen, ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen nicht mehr möglich ist, sofern diese zusätzlichen Informationen gesondert aufbewahrt werden und technische und organisatorische Maßnahmen getroffen werden, die gewährleisten, dass keine Verbindung zu identifizierten oder identifizierbaren natürlichen Personen hergestellt werden kann;
- **Datei**: eine beliebig strukturierte Sammlung personenbezogener Daten, die zentral, dezentral oder nach funktionalen oder geografischen Kriterien gegliedert und nach bestimmten Kriterien zugänglich ist;
- **Datenschutzverletzung**: eine Verletzung der Sicherheit, die zur zufälligen oder unrechtmäßigen Zerstörung, zum Verlust, zur Änderung, zur unbefugten Weitergabe von oder zum Zugriff auf übermittelte, gespeicherte oder anderweitig verarbeitete personenbezogene Daten führt;

Grundsätze der Datenverwaltung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten muss rechtmäßig, fair und für die betroffene Person transparent sein.

Personenbezogene Daten dürfen nur für festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben werden.

Die Zwecke, für die personenbezogene Daten verarbeitet werden, müssen angemessen, erheblich und auf das erforderliche Maß beschränkt sein.

Personenbezogene Daten müssen richtig sein und auf dem neuesten Stand gehalten werden. Unzutreffende personenbezogene Daten müssen unverzüglich gelöscht werden.

Personenbezogene Daten dürfen nur so lange wie nötig in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Personenbezogene Daten dürfen nur dann länger gespeichert werden, wenn die Speicherung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, zu wissenschaftlichen und historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken erfolgt.

Personenbezogene Daten müssen so verarbeitet werden, dass eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet ist, einschließlich des Schutzes vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung, unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Beschädigung, indem geeignete technische oder organisatorische Maßnahmen getroffen werden.

Die Grundsätze des Datenschutzes gelten für alle Informationen, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person beziehen.

Ein Mitarbeiter der Organisation, der für die Datenverarbeitung verantwortlich ist, kann für die rechtmäßige Verarbeitung personenbezogener Daten disziplinarisch belangt, entschädigt sowie zivil- und strafrechtlich haftbar gemacht werden. Stellt ein Mitarbeiter fest, dass die von ihm verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig, unvollständig oder veraltet sind, so hat er sie zu berichtigen oder von dem für die Erfassung Verantwortlichen berichtigen zu lassen.

Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Da natürliche Personen mit Online-Kennungen wie IP-Adressen und Cookie-Kennungen in Verbindung gebracht werden können, die von den von ihnen verwendeten Geräten, Anwendungen, Instrumenten und Protokollen bereitgestellt werden, können und dürfen diese Daten in Verbindung mit anderen Informationen zur Erstellung von Profilen und zur Identifizierung natürlicher Personen verwendet werden.

Die Verarbeitung darf nur erfolgen, wenn die betroffene Person durch eine eindeutige bestätigende Handlung, z. B. durch eine schriftliche, auch elektronische, oder mündliche Erklärung, freiwillig, für den konkreten Fall, in Kenntnis der Sachlage und unmissverständlich ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Daten erteilt.

Die Einwilligung in die Verarbeitung gilt auch als erteilt, wenn die betroffene Person beim Besuch der Website ein Kästchen ankreuzt. Schweigen, das Ankreuzen eines Kästchens oder Untätigkeit gelten nicht als Einwilligung.

Die Einwilligung gilt auch als erteilt, wenn ein Nutzer bei der Nutzung der elektronischen Dienste die entsprechenden technischen Einstellungen vornimmt oder eine Erklärung abgibt oder eine Handlung vornimmt, aus der eindeutig hervorgeht, dass die betroffene Person mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Verarbeitung einverstanden ist.

Personenbezogene Gesundheitsdaten sind Daten, die sich auf die Gesundheit einer betroffenen Person beziehen und Informationen über ihre frühere, gegenwärtige oder zukünftige körperliche oder geistige Gesundheit enthalten. Dazu gehören:

- Registrierung für Gesundheitsdienste;
- eine Nummer, ein Symbol oder Daten, die einer natürlichen Person zugewiesen werden, um sie zu Gesundheitszwecken individuell zu identifizieren;
- Informationen, die bei der Prüfung oder Untersuchung eines Körperteils oder Körperbestandteils gewonnen werden, einschließlich genetischer Daten und biologischer Proben;
- Informationen über die Krankheit, die Behinderung, das Krankheitsrisiko, die medizinische Vorgeschichte, die klinische Behandlung oder den physiologischen oder biomedizinischen Zustand der Person, unabhängig von der Quelle, die beispielsweise ein Arzt oder ein anderer Angehöriger eines Gesundheitsberufs, ein Krankenhaus, ein medizinisches Gerät oder ein diagnostischer Test sein kann.

Genetische Daten werden definiert als personenbezogene Daten, die sich auf die ererbten oder erworbenen genetischen Merkmale einer natürlichen Person beziehen und aus der Analyse einer dieser Person entnommenen biologischen Probe, insbesondere der Chromosomenanalyse oder der Analyse der Desoxyribonukleinsäure (DNS) oder der Ribonukleinsäure (RNS) oder jedes anderen Elements, das die Gewinnung von Informationen ermöglicht, die den aus ihnen gewonnenen Informationen gleichwertig sind, resultieren.

Die personenbezogenen Daten von Kindern verdienen einen besonderen Schutz, da sie sich der Risiken, Folgen, Garantien und Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten möglicherweise weniger bewusst sind. Dieser besondere Schutz sollte insbesondere für die Verwendung der personenbezogenen Daten von Kindern zu Marketingzwecken oder zur Erstellung von Personen- oder Nutzerprofilen gelten.

Personenbezogene Daten sollten in einer Weise verarbeitet werden, die ein angemessenes Maß an Sicherheit und Vertraulichkeit gewährleistet, um unter anderem den unbefugten Zugriff auf personenbezogene Daten und die zur Verarbeitung personenbezogener Daten verwendeten Mittel sowie deren Verwendung zu verhindern.

Es müssen alle angemessenen Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass unrichtige personenbezogene Daten berichtigt oder gelöscht werden.

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist rechtmäßig, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- die betroffene Person ihre Einwilligung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben hat;
- die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder für die Durchführung von Maßnahmen erforderlich, die auf Antrag der betroffenen Person vor Abschluss eines Vertrags erfolgen;
- die Verarbeitung ist für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt;
- die Verarbeitung ist für die Wahrung lebenswichtiger Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person erforderlich;
- die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde;
- die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt

Wie oben dargelegt, ist die Verarbeitung rechtmäßig, wenn sie im Rahmen eines Vertrags oder in der Absicht, einen Vertrag zu schließen, erforderlich ist.

Erfolgt die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt, oder ist sie für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, muss die Verarbeitung eine Rechtsgrundlage im Unionsrecht oder im Recht eines Mitgliedstaats haben.

Die Verarbeitung ist als rechtmäßig anzusehen, wenn sie zum Schutz des Lebens der betroffenen Person oder der Interessen einer anderen natürlichen Person im oben genannten Sinne erfolgt. Personenbezogene Daten sollten grundsätzlich nur dann auf der Grundlage der lebenswichtigen Interessen einer anderen natürlichen Person verarbeitet werden, wenn es keine andere Rechtsgrundlage für die betreffende Verarbeitung gibt.

Einige Arten der Verarbeitung personenbezogener Daten können sowohl wichtigen öffentlichen Interessen als auch lebenswichtigen Interessen der betroffenen Person dienen, z. B. wenn die Verarbeitung aus humanitären Gründen erforderlich ist, u. a. wenn sie für die Überwachung von Epidemien und deren Ausbreitung oder im Falle einer humanitären Notlage, insbesondere einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe, notwendig ist.

Die berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen, einschließlich des für die Verarbeitung Verantwortlichen, an den die personenbezogenen Daten weitergegeben werden können, oder eines Dritten können eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung darstellen. Ein solches berechtigtes Interesse kann beispielsweise vorliegen, wenn eine relevante und angemessene Beziehung zwischen der betroffenen Person und dem für die Verarbeitung Verantwortlichen besteht, z. B. wenn die betroffene Person ein Kunde oder Mitarbeiter des für die Verarbeitung Verantwortlichen ist.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten, die zur Betrugsbekämpfung unbedingt erforderlich ist, stellt ebenfalls ein berechtigtes Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen dar. Die Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke der Direktwerbung kann ebenfalls als auf einem berechtigten Interesse beruhend angesehen werden.

Um das Vorliegen eines berechtigten Interesses festzustellen, muss unter anderem sorgfältig geprüft werden, ob die betroffene Person zum Zeitpunkt und im Zusammenhang mit der Erhebung der personenbezogenen Daten vernünftigerweise erwarten konnte, dass die Verarbeitung für die betreffenden Zwecke erfolgen würde. Die Interessen und Grundrechte der betroffenen Person können gegenüber den Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen Vorrang haben, wenn personenbezogene Daten unter Umständen verarbeitet werden, unter denen die betroffenen Personen keine weitere Verarbeitung erwarten.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Behörden, Cyber-Notfalldienste, Stellen für das Management von Netzsicherheitsvorfällen, Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste sowie Anbieter sicherheitstechnischer Dienste, soweit dies unbedingt erforderlich und verhältnismäßig ist, um die Netz- und Informationssicherheit zu gewährleisten, wird als im berechtigten Interesse des betreffenden für die Verarbeitung Verantwortlichen liegend angesehen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als denen, für die sie ursprünglich erhoben wurden, ist nur zulässig, wenn die Verarbeitung mit den ursprünglichen Zwecken, für die die personenbezogenen Daten ursprünglich erhoben wurden, vereinbar ist. In diesem Fall ist eine gesonderte Rechtsgrundlage neben der Rechtsgrundlage, die die Erhebung der personenbezogenen Daten ermöglicht hat, nicht erforderlich.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen zur Erreichung der Zwecke offiziell anerkannter religiöser Organisationen im Sinne des Verfassungsrechts oder des Völkerrechts wird als im öffentlichen Interesse liegend betrachtet.

Zustimmung der betroffenen Person, Bedingungen

- Beruht die Verarbeitung auf einer Einwilligung, muss der für die Verarbeitung Verantwortliche nachweisen können, dass die betroffene Person ihre Einwilligung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegeben hat.
- Erteilt die betroffene Person ihre Einwilligung in einer schriftlichen Erklärung, die sich auch auf andere Angelegenheiten bezieht, muss das Ersuchen um Einwilligung in einer Weise übermittelt werden, die sich deutlich von diesen anderen Angelegenheiten unterscheidet.
- Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Die betroffene Person ist vor Erteilung der Einwilligung zu informieren. Der Widerruf der Einwilligung muss auf die gleiche einfache Weise möglich sein wie die Erteilung der Einwilligung.
- Bei der Feststellung, ob die Einwilligung freiwillig ist, sollte unter anderem in höchstem Maße berücksichtigt werden, ob die Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Erfüllung des Vertrags, einschließlich der Erbringung von Dienstleistungen, nicht erforderlich sind, zur Bedingung für die Erfüllung des Vertrags gemacht wurde.
- Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Diensten der Informationsgesellschaft, die direkt für Kinder angeboten werden, ist rechtmäßig, wenn das Kind mindestens 16 Jahre alt ist. Im Falle von Kindern unter 16 Jahren ist die Verarbeitung personenbezogener Daten von Kindern nur dann rechtmäßig, wenn und soweit die Person, die die elterliche Sorge für das Kind hat, ihre Einwilligung gegeben oder genehmigt hat.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie von genetischen oder biometrischen Daten, aus denen die Identität natürlicher Personen hervorgeht, von Gesundheitsdaten und von personenbezogenen Daten über das Sexualleben oder die sexuelle Ausrichtung natürlicher Personen ist untersagt, es sei denn, die betroffene Person hat ausdrücklich in die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke eingewilligt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Entscheidungen über die strafrechtliche Verantwortlichkeit und mit Straftaten und damit zusammenhängenden Sicherungsmaßnahmen darf nur erfolgen, wenn sie von einer Behörde verarbeitet werden.

Datenverarbeitung, für die keine Identifizierung erforderlich ist

Erfordern die Zwecke, für die der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten verarbeitet, nicht oder nicht mehr die Identifizierung der betroffenen Person durch den für die Verarbeitung Verantwortlichen, so ist der für die Verarbeitung Verantwortliche nicht verpflichtet, zusätzliche Informationen aufzubewahren.

Kann der für die Verarbeitung Verantwortliche nachweisen, dass er nicht in der Lage ist, die betroffene Person zu identifizieren, so teilt er dies der betroffenen Person, soweit möglich, in geeigneter Weise mit.

Informationen und Rechte der betroffenen Person

Der Grundsatz der fairen und transparenten Verarbeitung verlangt, dass die betroffene Person über die Tatsache und den Zweck der Verarbeitung informiert wird.

Wenn personenbezogene Daten bei der betroffenen Person erhoben werden, sollte die betroffene Person auch über die Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten und über die Folgen einer Nichtbereitstellung der Daten informiert werden. Diese Informationen können auch durch standardisierte Symbole ergänzt werden, um der betroffenen Person allgemeine Informationen über die geplante Verarbeitung in auffälliger, leicht verständlicher und deutlich lesbarer Form zu geben.

Die Informationen über die Verarbeitung der die betroffene Person betreffenden personenbezogenen Daten sollten der betroffenen Person zum Zeitpunkt der Erhebung oder, wenn die Daten bei einer anderen Quelle als der betroffenen Person erhoben wurden, innerhalb einer den Umständen des Falles angemessenen Frist mitgeteilt werden.

Die betroffene Person hat das Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person erhobenen Daten und das Recht, dieses Recht einfach und in angemessenen Abständen auszuüben, um sich von der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung zu überzeugen und diese zu überprüfen. Jede betroffene Person sollte das Recht haben, insbesondere über die Zwecke, für die personenbezogene Daten verarbeitet werden, und, soweit möglich, über den Zeitraum, für den die personenbezogenen Daten verarbeitet werden, informiert zu werden,

Die betroffene Person sollte insbesondere das Recht haben, dass ihre personenbezogenen Daten gelöscht und nicht mehr verarbeitet werden, wenn die Erhebung oder sonstige Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Hinblick auf die ursprünglichen Zwecke der Verarbeitung nicht mehr erforderlich ist oder wenn die betroffene Person ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Daten widerrufen hat.

Werden personenbezogene Daten für Zwecke der Direktwerbung verarbeitet, so sollte die betroffene Person das Recht haben, jederzeit unentgeltlich Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zu diesen Zwecken einzulegen.

Überprüfung der personenbezogenen Daten

Um sicherzustellen, dass die Speicherung personenbezogener Daten auf den erforderlichen Zeitraum beschränkt ist, setzt der für die Verarbeitung Verantwortliche Fristen für die Löschung oder regelmäßige Überprüfung fest.

Regelmäßiger Überprüfungszeitraum, der vom Leiter der Organisation festgelegt wird: 1 Jahr.

Aufgaben des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Der für die Verarbeitung Verantwortliche wendet angemessene interne Datenschutzvorschriften an, um eine rechtmäßige Verarbeitung zu gewährleisten. Diese Vorschriften regeln die Befugnisse und Verantwortlichkeiten des für die Verarbeitung Verantwortlichen.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, geeignete und wirksame Maßnahmen zu ergreifen und nachzuweisen, dass die Verarbeitungstätigkeiten im Einklang mit dem geltenden Recht stehen.

Diese Regelung sollte unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen getroffen werden.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche ergreift geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, die der Art, dem Umfang, den Umständen und den Zwecken der Verarbeitung sowie dem unterschiedlichen Grad des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen, das je nach Wahrscheinlichkeit und Schweregrad variiert, Rechnung tragen. Er überprüft und aktualisiert erforderlichenfalls andere interne Vorschriften auf der Grundlage dieser Vorschriften.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter führt angemessene Aufzeichnungen über die unter seiner Aufsicht durchgeführten Verarbeitungstätigkeiten. Jeder für die Verarbeitung Verantwortliche und jeder Auftragsverarbeiter arbeitet mit der Aufsichtsbehörde zusammen und stellt diese Aufzeichnungen auf Anfrage zur Verfügung, um die betreffenden Verarbeitungsvorgänge zu überwachen.

Rechte im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung

Das Recht, Informationen anzufordern

Jede Person kann über die angegebenen Kontaktdaten Auskunft darüber verlangen, welche Daten die Organisation auf welcher Rechtsgrundlage, zu welchem Zweck, aus welcher Quelle und wie lange verarbeitet. Die Anfrage wird unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen, an die angegebene Kontaktadresse weitergeleitet.

Das Recht auf Berichtigung

Jede Person kann unter den angegebenen Kontaktdaten eine Änderung ihrer Daten beantragen. Einem solchen Antrag wird unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen, entsprochen, und die Informationen werden an die angegebenen Kontaktdaten gesandt.

Das Recht auf Löschung

Jede Person kann unter den angegebenen Kontaktdaten die Löschung ihrer Daten beantragen. Auf Antrag muss dies unverzüglich und spätestens innerhalb von 30 Tagen erfolgen, wobei die Informationen an die angegebenen Kontaktdaten zu übermitteln sind.

Recht auf Sperrung, Einschränkung

Jede Person kann die Sperrung ihrer Daten unter den angegebenen Kontaktdaten beantragen. Die Sperrung dauert so lange, wie der angegebene Grund die Speicherung der Daten erforderlich macht. Auf Antrag muss dies unverzüglich und innerhalb von höchstens 30 Tagen erfolgen und die Informationen müssen an die angegebenen Kontaktdaten gesendet werden.

Das Recht auf Protest

Jede Person kann unter den angegebenen Kontaktdaten Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer Daten einlegen. Der Widerspruch wird geprüft, und es wird innerhalb einer möglichst kurzen Frist ab dem Datum des Antrags, spätestens jedoch innerhalb von 15 Tagen, eine Entscheidung in der Sache getroffen; die Informationen über die Entscheidung werden an die angegebenen Kontaktdaten gesandt.

Durchsetzungsmöglichkeiten in Bezug auf die Datenverarbeitung

Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit

Postanschrift: 1530 Budapest, Pf.: 5.

Adresse: 1125 Budapest, Szilágyi Erzsébet fasor 22/c

Telefon: +36 (1) 391-1400

Fax: +36 (1) 391-1410

E-mail: ugyfelszolgalat@naih.hu

URL <https://naih.hu>

Koordinaten: N 47°30'56"; O 18°59'57"

Im Falle einer Verletzung der Rechte der betroffenen Person kann diese den für die Verarbeitung Verantwortlichen verklagen. Das Gericht entscheidet über den Fall von Amts wegen. Die betroffene Person kann nach ihrer Wahl bei dem zuständigen Gericht ihres Wohnsitzes oder ihres Aufenthaltsortes Klage erheben.

Die Aufgaben der Organisation zur Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzes

- Bewusstsein für den Datenschutz. Sicherstellung der fachlichen Kompetenz zur Einhaltung des Gesetzes. Schulung des Personals und Kenntnis der Vorschriften ist unerlässlich.
- Der Zweck der Datenverarbeitung, die Kriterien und das Konzept der Verarbeitung personenbezogener Daten sollten überprüft werden. Sicherstellung einer rechtmäßigen Verarbeitung und einer Verarbeitung im Einklang mit den Datenschutz- und Datenverwaltungsrichtlinien.
- Ordnungsgemäße Information der betroffenen Person. Es sollte beachtet werden, dass - wenn die Verarbeitung auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht - der für die Verarbeitung Verantwortliche im Zweifelsfall beweisen muss, dass die betroffene Person ihre Einwilligung gegeben hat.
- Die Informationen, die der betroffenen Person zur Verfügung gestellt werden, müssen prägnant, leicht zugänglich und verständlich sein und daher in einer klaren und einfachen Sprache abgefasst und präsentiert werden.
- Eine transparente Verarbeitung setzt voraus, dass die betroffene Person über die Tatsache und den Zweck der Verarbeitung informiert wird. Die Unterrichtung muss vor Beginn der Verarbeitung erfolgen, und die betroffene Person hat das Recht, während der Verarbeitung bis zum Abschluss der Verarbeitung informiert zu werden.
- Die wichtigsten Rechte der betroffenen Person sind:
 - Zugang zu den sie betreffenden personenbezogenen Daten;
 - Berichtigung von personenbezogenen Daten;
 - Löschung von personenbezogenen Daten;
 - Einschränkungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten;
 - dem Profiling und der automatisierten Verarbeitung zu widersprechen;
 - das Recht auf Datenübertragbarkeit.
- Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags. Erforderlichenfalls kann diese Frist unter Berücksichtigung der Komplexität des Antrags und der Zahl der Anträge um weitere zwei Monate verlängert werden. Die Auskunftspflicht kann durch den Betrieb eines sicheren Online-Systems gewährleistet werden, über das die betroffene Person einfach und schnell auf die erforderlichen Informationen zugreifen kann.
- Überprüfung des Datenmanagements der Organisation, Gewährleistung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Auf Verlangen der betroffenen Person müssen die Daten unverzüglich gelöscht werden, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung, auf deren Grundlage die Verarbeitung erfolgte, widerruft.

- Aus der Einwilligung der betroffenen Person muss unzweideutig hervorgehen, dass die betroffene Person in die Verarbeitung einwilligt. Beruht die Verarbeitung auf der Einwilligung der betroffenen Person, muss der für die Verarbeitung Verantwortliche im Zweifelsfall nachweisen, dass die betroffene Person in die Verarbeitung eingewilligt hat.
- Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten von Kindern sollte besonders auf die Einhaltung der Vorschriften über die Datenverarbeitung geachtet werden. Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Diensten der Informationsgesellschaft, die direkt für Kinder angeboten werden, ist rechtmäßig, wenn das Kind mindestens 16 Jahre alt ist. Im Falle von Kindern unter 16 Jahren ist die Verarbeitung personenbezogener Daten von Kindern nur dann rechtmäßig, wenn und soweit die Person, die die elterliche Sorge für das Kind hat, ihre Einwilligung gegeben oder genehmigt hat.
- Im Falle einer unrechtmäßigen Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Aufsichtsbehörde zu benachrichtigen. Der für die Verarbeitung Verantwortliche muss die Aufsichtsbehörde unverzüglich und nach Möglichkeit spätestens 72 Stunden, nachdem er von der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten Kenntnis erlangt hat, benachrichtigen, es sei denn, es ist unwahrscheinlich, dass die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten ein Risiko für die Rechte der natürlichen Person darstellt.
- In bestimmten Fällen kann es für den für die Verarbeitung Verantwortlichen angemessen sein, vor der Verarbeitung eine Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen. In der Folgenabschätzung sollten die Auswirkungen der geplanten Verarbeitungen auf den Schutz personenbezogener Daten bewertet werden. Kommt die Datenschutzbehörde zu dem Schluss, dass die Verarbeitung wahrscheinlich ein hohes Risiko darstellt, sollte der für die Verarbeitung Verantwortliche die Aufsichtsbehörde konsultieren, bevor er personenbezogene Daten verarbeitet.
- Handelt es sich bei den Haupttätigkeiten um Verarbeitungen, die aufgrund ihrer Art, ihres Umfangs oder ihrer Zwecke eine systematische und umfangreiche Überwachung der betroffenen Personen erfordern, sollte ein Datenschutzbeauftragter bestellt werden. Die Ernennung eines behördlichen Datenschutzbeauftragten sollte auf die Stärkung der Datensicherheit abzielen.

Sicherheit der Daten

Insbesondere sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Daten gegen unbefugten Zugriff, Veränderung, Weitergabe, Veröffentlichung, Löschung oder Vernichtung, zufällige

Zerstörung oder zufällige Beschädigung sowie gegen die Unzugänglichkeit infolge von Änderungen der verwendeten Technologie zu schützen.

Zum Schutz der elektronisch verwalteten Dateien in den Registern sollten geeignete technische Vorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die in den Registern gespeicherten Daten nicht direkt mit der betroffenen Person verknüpft und ihr zugeordnet werden können.

Bei der Konzeption und Anwendung der Datensicherheit sollte der Stand der Technik berücksichtigt werden. Es sollte zwischen mehreren möglichen Datenverarbeitungslösungen gewählt werden, die ein höheres Schutzniveau für personenbezogene Daten gewährleisten, es sei denn, dies würde für den für die Verarbeitung Verantwortlichen eine unverhältnismäßige Belastung darstellen.

Datenschutzbeauftragter

Die Ernennung eines Datenschutzbeauftragten ist auf der Grundlage der folgenden Kriterien obligatorisch:

- die Verarbeitung erfolgt durch Behörden oder andere Einrichtungen, die im öffentlichen Auftrag tätig werden, mit Ausnahme von Gerichten in Ausübung ihrer Rechtsprechungsbefugnisse;
- die Haupttätigkeit des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters umfasst Verarbeitungen, die aufgrund ihrer Art, ihres Umfangs oder ihrer Zwecke eine systematische und umfangreiche Überwachung der betroffenen Personen erfordern;
- die Haupttätigkeit des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters die Verarbeitung einer großen Menge personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Entscheidungen über die strafrechtliche Verantwortung und Straftaten betrifft.

Ist die Bestellung eines behördlichen Datenschutzbeauftragten zwingend vorgeschrieben, gelten die folgenden Regeln:

Der behördliche Datenschutzbeauftragte wird auf der Grundlage seiner fachlichen Eignung und insbesondere seines Fachwissens im Bereich des Datenschutzrechts und der Datenschutzpraxis sowie seiner Fähigkeit, die Verarbeitung personenbezogener Daten durchzuführen, ernannt.

Der behördliche Datenschutzbeauftragte kann ein Angestellter des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters sein, kann seine Aufgaben aber auch im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags wahrnehmen.

Der Name und die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter zu veröffentlichen und der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Status des Datenschutzbeauftragten

Der für die Verarbeitung Verantwortliche muss sicherstellen, dass der behördliche Datenschutzbeauftragte in alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten in angemessener und rechtzeitiger Weise einbezogen wird. Er muss sicherstellen, dass die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stehen, um das Fachwissen des DSB aufrechtzuerhalten.

Der behördliche Datenschutzbeauftragte sollte bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben keine Weisungen von Dritten entgegennehmen. Der für die Verarbeitung Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter darf den DSB nicht im Zusammenhang mit der Erfüllung seiner Aufgaben entlassen oder bestrafen. Der DSB ist unmittelbar der obersten Leitung des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters unterstellt.

Die betroffenen Personen können sich in allen Fragen im Zusammenhang mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und der Ausübung ihrer Rechte an den DSB wenden.

Der DSB ist bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben an Vertraulichkeits- oder Datenschutzpflichten gebunden.

Der DSB kann auch andere Aufgaben wahrnehmen, die jedoch nicht mit einem Interessenkonflikt verbunden sein dürfen.

Aufgaben des Datenschutzbeauftragten

- Information und fachliche Beratung des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters und des Personals, das die Verarbeitung vornimmt;
- die Einhaltung der internen Vorschriften des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten zu überwachen;
- auf Anfrage technische Beratung zur Datenschutz-Folgenabschätzung und Überwachung der Durchführung der Folgenabschätzung;
- mit der Aufsichtsbehörde zusammenarbeiten.

Datenschutzvorfall

Eine Datenschutzverletzung ist eine Verletzung der Sicherheit, die zur zufälligen oder unrechtmäßigen Zerstörung, zum Verlust, zur Veränderung, zur unbefugten Weitergabe oder zum unbefugten Zugang zu übermittelten, gespeicherten oder anderweitig verarbeiteten personenbezogenen Daten führt.

Eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten kann, wenn keine angemessenen und rechtzeitigen Maßnahmen ergriffen werden, natürlichen Personen physischen, materiellen oder immateriellen Schaden zufügen, einschließlich des Verlusts der Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten oder der Einschränkung ihrer Rechte, Diskriminierung, Identitätsdiebstahl oder Identitätsbetrug.

Ein Datenschutzvorfall ist der zuständigen Aufsichtsbehörde unverzüglich und spätestens innerhalb von 72 Stunden zu melden, es sei denn, es kann im Einklang mit dem Grundsatz der Rechenschaftspflicht nachgewiesen werden, dass der Datenschutzvorfall wahrscheinlich kein Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen darstellt.

Die betroffene Person ist unverzüglich zu unterrichten, wenn die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge hat, damit sie die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen treffen kann.

Verarbeitung für Verwaltungs- und Archivierungszwecke

Die Organisation kann personenbezogene Daten auch im Rahmen ihrer Tätigkeiten und zu Verwaltungs- und Buchführungszwecken verarbeiten.

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage der freiwilligen und ausdrücklichen Zustimmung der betroffenen Person, die ordnungsgemäß informiert wurde. Nach ausführlicher Unterrichtung, einschließlich der Zwecke, der Rechtsgrundlage und der Dauer der Verarbeitung sowie der Rechte der betroffenen Person, muss diese auf die Freiwilligkeit der Verarbeitung hingewiesen werden. Die Einwilligung in die Verarbeitung ist schriftlich festzuhalten.

Die Verarbeitung zu Verwaltungs- und Dokumentationszwecken dient den folgenden Zwecken:

- Verarbeitung von Daten von Mitgliedern und Mitarbeitern der Organisation, die auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruhen;
- die Verarbeitung von Daten von Personen, die mit der Organisation in einer vertraglichen Beziehung stehen, zum Zwecke der Kontaktaufnahme, der Buchführung und der Führung von Aufzeichnungen;

- Kontaktdaten anderer Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen, die mit der Organisation Geschäfte machen, einschließlich der Kontaktdaten und Identifikationsdaten natürlicher Personen;

Die oben beschriebene Datenverarbeitung beruht zum einen auf einer rechtlichen Verpflichtung, zum anderen hat die betroffene Person ausdrücklich in die Verarbeitung ihrer Daten eingewilligt (z. B. für die Zwecke eines Arbeitsvertrags oder bei der Registrierung als Partner auf einer Website usw.)

Bei Dokumenten, die der Organisation in schriftlicher Form vorgelegt werden (z. B. Lebenslauf, Stellenbewerbung, sonstige Eingaben usw.), einschließlich personenbezogener Daten, ist von der Einwilligung der betroffenen Person auszugehen. Sobald der Fall abgeschlossen ist, sollten die Dokumente vernichtet werden, wenn keine Zustimmung zur weiteren Verwendung vorliegt. Die Tatsache der Vernichtung ist in einem Bericht festzuhalten.

Im Falle einer Verarbeitung zu Verwaltungszwecken werden personenbezogene Daten nur in die Akten und Aufzeichnungen des Falles aufgenommen. Die Verarbeitung dieser Daten wird bis zur Vernichtung des Dokuments, auf das sich die Verarbeitung stützt, fortgesetzt.

Die Verarbeitung zu Verwaltungs- und Aufzeichnungszwecken sollte jährlich überprüft werden, um sicherzustellen, dass die Speicherung personenbezogener Daten auf den erforderlichen Zeitraum beschränkt ist, und unrichtige personenbezogene Daten sollten unverzüglich gelöscht werden.

Die Einhaltung der Vorschriften muss auch bei der Verarbeitung zu Verwaltungs- und Aufzeichnungszwecken gewährleistet sein.

Verarbeitung für andere Zwecke

Wenn die Organisation eine Verarbeitung vornehmen möchte, die nicht unter diese Politik fällt, muss sie zunächst diese internen Vorschriften entsprechend ändern oder Untervorschriften hinzufügen, die dem neuen Verarbeitungszweck entsprechen.

Andere Dokumente im Zusammenhang mit dem Kodex

Dokumente und Richtlinien, die beispielsweise eine schriftliche Einverständniserklärung zur Datenverarbeitung oder - im Falle von Websites - einen obligatorischen Datenschutzhinweis enthalten, sollten mit der Datenschutzrichtlinie verknüpft und zusammen mit dieser verwaltet werden.

Rechtsvorschriften, auf die sich die Verarbeitung stützt

- VERORDNUNG (EU) Nr. 2016/679 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).
- Gesetz CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit.
- Gesetz LXVI von 1995 über öffentliche Aufzeichnungen, öffentliche Archive und den Schutz von privatem Archivgut.
- Regierungsverordnung 335/2005 (XII. 29.) über die allgemeinen Anforderungen an die Dokumentenverwaltung durch öffentliche Einrichtungen.
- Gesetz CVIII von 2001 über bestimmte Aspekte der Dienste des elektronischen Geschäftsverkehrs und der Informationsgesellschaft.
- Gesetz C von 2003 über elektronische Kommunikation.

Hinweis zum Datenschutz

für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit im Rahmen von behördlichen Verfahren zum Schutz personenbezogener Daten und zur Durchsetzung von Anforderungen an den Schutz des öffentlichen Interesses oder den Zugang der Öffentlichkeit zu Daten

1. Der Name und die Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (im Folgenden: die Behörde)
Hauptsitz: 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11.
Postanschrift: 1363 Budapest, Pf. 9.
Telefon: +36 (1) 391-1400
Fax: +36 (1) 391-1410
E-Mail Adresse: ugyfelszolgalat@naih.hu

2. der Name und die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Behörde: Dr. Attila Kiss
Direkte Kontaktangaben: E-Mail Adresse: dpo@naih.hu; Rufnummer: +36 (1) 391-1470

3. Zweck der Datenverarbeitung

Der Zweck der Verarbeitung ist die Erfüllung der Anforderungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates¹ (im Folgenden: GDPR) 57 und 58 der GDPR in Bezug auf die Durchsetzung der Anforderungen an den Schutz personenbezogener Daten und den Zugang zu Daten von öffentlichem Interesse oder im öffentlichen Interesse durch die Behörde. und die Ausübung der folgenden Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 38 Absatz 2 des Gesetzes CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit (im Folgenden: Infotv) und die folgenden Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 38 Absatz 3 des Infotv:

- Durchführung eines Ermittlungsverfahrens auf der Grundlage einer Meldung oder von Amts wegen (Infotv. 51/A-59. §);
- auf Antrag der betroffenen Person und von Amts wegen ein Verfahren vor einer Datenschutzbehörde durchzuführen (Infotv. 60-61. §);
- Durchführung von Verfahren zur Überwachung der Vertraulichkeit von Amts wegen (Infotv. § 62-63);
- Durchführung eines Datenverarbeitungsgenehmigungsverfahrens auf Antrag (Infotv. § 64/A-64/D);
- Intervention bei einem Gericht oder in einem von einer anderen Person angestrebten Rechtsstreit wegen Verletzung von Daten von öffentlichem Interesse und Daten im öffentlichen Interesse (Infotv. § 64);
- im Zusammenhang mit den oben genannten Tätigkeiten die internationale Zusammenarbeit gemäß den Artikeln 65-68 des Datenschutzgesetzes und den Artikeln 60-65 der allgemeinen Datenschutzverordnung.

Nach Abschluss der Fälle im Rahmen der einzelnen Verfahren werden die Daten gemäß dem Gesetz LXVI von 1995 über öffentliche Aufzeichnungen, öffentliche Archive und den Schutz von privatem Archivgut (nachstehend „Ltv.“ genannt) verarbeitet 2

1 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).

im Einklang mit den Vorschriften - zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, zu wissenschaftlichen und historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken, vorbehaltlich des Artikels 89 der GDPR.

4. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) GDPR im Hinblick auf die Aufgaben und Befugnisse gemäß den Artikeln 56-58 GDPR und den Artikeln 38 und 51/A-68 des Informationsgesetzes. Die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser Aufgaben und der Ausübung dieser Zuständigkeiten erfolgt unter Berücksichtigung der folgenden Rechtsvorschriften:

- az Infotv. 71. § (die Behörde verarbeitet in dem Umfang und für die Dauer, die für die Durchführung ihrer Verfahren erforderlich sind, alle personenbezogenen Daten und Daten, die als gesetzlich geschützte Geheimnisse und Berufsgeheimnisse eingestuft sind, die mit dem Verfahren in Zusammenhang stehen oder deren Verarbeitung für die wirksame Durchführung des Verfahrens erforderlich ist);
- in Bezug auf behördliche Verfahren § 27 und §§ 33-34 des Gesetzes Nr. CL von 2016 über das allgemeine Verwaltungsverfahren (im Folgenden: Ákr.);
- Ltv. 4. § und 9. §;
- im Falle von Verfahren, die die Verarbeitung von Verschlussachen betreffen, die Artikel 10 und 13 des Gesetzes CLV von 2009 über den Schutz von Verschlussachen (im Folgenden: Mavtv.)
- Im Falle der Verarbeitung besonderer Datenkategorien, wenn die besonderen Datenkategorien der Behörde nicht von der betroffenen Person zur Kenntnis gebracht werden, stützt sich die Verarbeitung auch auf.
- Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe f der GDPR im Falle eines Verfahrens, das auf einem Antrag oder einer Meldung beruht,
- im Falle eines Verfahrens von Amts wegen Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g).

Kategorien von betroffenen Personen: Antragsteller, Hinweisgeber, Beschwerdeführer, sonstige Auftraggeber und sonstige Beteiligte an behördlichen Verfahren, natürliche Personen, die im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten, die Gegenstand des Verfahrens ist, konsultiert werden, betroffene Personen von personenbezogenen Daten, die im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung untersucht oder erhoben werden.

5. Den Umfang und die Quelle der verarbeiteten Daten, sofern sie der Behörde nicht von der betroffenen Person zur Verfügung gestellt wurden

- **Identitätsdaten natürlicher Personen** des Kunden und anderer Verfahrensbeteiligter, sofern sie der Behörde nicht vom Kunden zur Verfügung gestellt wurden;
- Je nach Art und Gegenstand des Falles andere personenbezogene Daten, die zur Feststellung des Sachverhalts erforderlich sind, einschließlich personenbezogener Daten von Personen, die im Sinne der GDPR schutzbedürftig sind, sowie besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 der GDPR und personenbezogene Daten in Strafsachen im Sinne von Artikel 10 der GDPR.

Personenbezogene Daten können der Behörde aus folgenden Quellen zur Kenntnis gelangen, sofern sie der Behörde nicht von der betroffenen Person zur Verfügung gestellt wurden:

- **Die betroffene Person, die einen Antrag, eine Meldung oder eine Beschwerde einreicht:** Zusätzlich zu den personenbezogenen Daten, die zur Identifizierung der Person, die das Verfahren der Behörde einleitet, erforderlich sind, verarbeitet die Behörde auch personenbezogene Daten, die von der betroffenen Person freiwillig zur Verfügung gestellt werden;
- **Das vom Innenministerium geführte Personen- und Anschriftenregister:** Wenn Ihre Erklärung für die wirksame Durchführung eines Verfahrens der Behörde erforderlich ist, Sie aber nicht unter der Kontaktadresse der Behörde erreichbar sind, kann die Behörde Informationen aus dem Personen- und Anschriftenregister anfordern;
- **Register der Verwaltungsunterlagen:** Das Register der Verwaltungsunterlagen dient dazu, die Verwaltungserklärungen eines Bürgers (z.B. Genehmigungen, offizielle Kontaktdaten) elektronisch zu registrieren und aufzuzeichnen und den autorisierten Stellen den Zugang zu diesen Informationen zu ermöglichen, um den Bürgern die tägliche Verwaltung zu erleichtern. Die Behörde als Organ der öffentlichen Verwaltung, das verpflichtet ist, öffentliche Angelegenheiten elektronisch zu verwalten, ist verpflichtet, die im Register der administrativen Verfügungen des Kunden gespeicherten Informationen gemäß Artikel 23 des Regierungsdekrets 451/2016 (XII. 19.) über die Modalitäten der elektronischen Verwaltung elektronisch abzufragen. Um eine solche Abfrage durchführen zu können, muss die Behörde die natürliche Identität des Kunden kennen.
- **EI Dem Verfahren unterliegender für die Verarbeitung Verantwortlicher oder Auftragsverarbeiter:**
 - Die Behörde benötigt möglicherweise Informationen darüber, welche personenbezogenen Daten von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet werden, um ihr Verfahren durchführen zu können. In solchen Fällen kann sie den für die Verarbeitung Verantwortlichen auffordern, ihr Auskunft über diese Daten zu erteilen oder ihr Kopien von Unterlagen mit personenbezogenen Daten zu übermitteln.
 - Die Behörde kann im Laufe des Verfahrens alle oder einen Teil der von den für die Datenverarbeitung Verantwortlichen geführten Aufzeichnungen kopieren oder Kopien von Datenträgern mit personenbezogenen Daten anfertigen oder diese beschlagnahmen, um den Sachverhalt zu klären und die wirksame Durchführung des Verfahrens zu gewährleisten;
- **Andere ersuchte Personen, andere Verfahrensbeteiligte:** Die Behörde kann die ersuchten Personen oder Einrichtungen um Informationen bitten, soweit dies für die Feststellung des Sachverhalts erforderlich ist, einschließlich
 - die personenbezogenen Daten zu verarbeiten, die für die Identifizierung der am Verfahren beteiligten Personen erforderlich sind (Kunde, Vertreter, Zeuge, Eigentümer des Nachprüfungsgegenstandes, sonstige gesuchte Person),
 - personenbezogene Daten, die in Belegen (Datenträgern) enthalten sind, die die betroffene Person freiwillig oder auf Ersuchen der Behörde zur Verfügung gestellt hat;

- **Datenschutzbehörde eines anderen Mitgliedstaats:** Wenn die Beschwerde über die Verarbeitung nicht in Ungarn eingereicht wird, der für die Verarbeitung Verantwortliche jedoch seinen Hauptsitz oder eine einzige Geschäftsstelle in Ungarn hat und die Entscheidung über die beanstandete Verarbeitung am Hauptsitz oder einer einzigen Geschäftsstelle des für die Verarbeitung Verantwortlichen getroffen wurde, wird die Behörde als primäre Behörde tätig. In einem solchen Fall übermittelt die Behörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, der Behörde die für die Durchführung ihres Verfahrens erforderlichen Unterlagen und Informationen, einschließlich der ihr zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten.
- **Gerichtliche Vollstreckung:** wenn die Behörde bei der nationalen Gerichtskanzlei einen Antrag auf gerichtliche Vollstreckung stellt (siehe Punkt 6.3 dieser Bekanntmachung)
 - Nach Eingang und Bestätigung des Antrags auf Erlass eines Vollstreckungstitels durch das Gericht, das den Vollstreckungstitel ausstellt, verwaltet die Behörde das Aktenzeichen des Gerichts;
 - nachdem das Gericht die Vollstreckung angeordnet hat, ernennt die ungarische Gerichtsvollzieherkammer den amtierenden Gerichtsvollzieher, der beim ersten Kontakt die Fallnummer des Gerichtsvollziehers angibt. Die Behörde wird auch diese Daten verarbeiten.

Im Falle einer unwirksamen gerichtlichen Vollstreckung unterrichtet der Gerichtsvollzieher die Behörde auch über das Ergebnis jeder Vollstreckungsmaßnahme: wenn der Schuldner kein vollstreckbares Vermögen hat, die Tatsache, dass dies der Fall ist, und wenn der Schuldner vollstreckbares Vermögen hat, den Kontext der Vollstreckung (z. B. Lage des Grundstücks, die Flurstücksnummer, der Eigentumsanteil des Schuldners, ob die Einziehung der Bankkonten des Schuldners erfolgreich war).

6. Die Empfänger und Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

6.1. In Bezug auf die Verarbeitung der in den Akten enthaltenen personenbezogenen Daten:

- **Magyar Nemzeti Levéltár** (Postanschrift: 1250 Budapest, Pf. 3.; Anschrift: 1014 Budapest, Bécsi kapu tér 2-4.) (im Folgenden MNL): Die Vorschriften der Behörde für die Verwaltung der Unterlagen und der Archivplan sehen die Übergabe der Unterlagen von Fällen, die nicht verschrottet werden können, an das MNL vor.
- **NISZ Nemzeti Infokommunikációs Szolgáltató Zrt.** (1081 Budapest, Csokonai u. 3. Postanschrift: 1389 Budapest, Pf. 133.): als Betreiber des Registers.

6.2. In Bezug auf die Offenlegung von Dokumenten in Bezug auf die zu diesem Zweck erforderlichen Daten, unter Berücksichtigung der vom Kunden im Aktenregister abgegebenen Erklärung:

- **Magyar Posta Zrt.** (Sitz: 1138 Budapest, Dunavirág utca 2-6.): Die Behörde wird ihr im Laufe des betreffenden Verfahrens im Rahmen ihrer Kontakte mit den Kunden Daten zur Verfügung stellen.
- **NISZ Nemzeti Infokommunikációs Szolgáltató Zrt.** (1081 Budapest, Csokonai u. 3. Postanschrift: 1389 Budapest, Pf. 133.): im Zusammenhang mit der elektronischen Kommunikation mit Kunden (für regulierte und zentralisierte elektronische Behördendienste, wie die Bereitstellung des Gateways der Behörde)

- **KOPINT-DATORG Informatikai és Vagyonkezelő Kft.** (1081 Budapest, Csokonai u. 3. Postanschrift: 1428 Budapest Pf. 12.) im Rahmen der elektronischen Kommunikation mit Kunden (für bestimmte regulierte und zentralisierte elektronische Behördendienste)
- **DotRoll Kft.** (1148 Budapest, Fogarasi út 3-5.): ist als Datenverarbeiter des Mailsystems für die von der Behörde über ihr elektronisches Mailsystem übermittelten Daten beteiligt

6.3. Darüber hinaus wird die Behörde nur ausnahmsweise in einem bestimmten Fall personenbezogene Daten, die im Rahmen ihrer Verfahren verarbeitet werden, an andere Stellen weitergeben, die keine Empfänger im Sinne von Artikel 4 Absatz 9 der Datenschutz-Grundverordnung sind, und zwar für die Zwecke ihrer eigenen behördlichen Verfahren oder die einer anderen Stelle. Solche Stellen können typischerweise sein:

- **Mandant in Datenschutzverfahren:** In Ausübung seines Rechts auf Zugang zu Dokumenten kann er Zugang zu nicht als Verschlusssache eingestuft personenbezogenen Daten oder zu nicht als Verschlusssache eingestuft personenbezogenen Daten erhalten, wie es das Gesetz vorsieht. Für Verschlusssachen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über den Schutz von Verschlusssachen, wonach der Verschlusssachbearbeiter berechtigt ist, der betroffenen Person eine Zugangsberechtigung² zu erteilen.
- **Im Laufe des Verfahrens kontaktierte Einrichtungen, Personen und Aufsichtsbehörden:** Werden im Laufe des betreffenden Verfahrens andere Behörden, Einrichtungen oder Personen kontaktiert, um den Sachverhalt zu klären oder eine Entscheidung zu treffen, kann die Behörde personenbezogene Daten in dem Umfang weitergeben, der unbedingt erforderlich ist, um dem Ersuchen nachzukommen
 - die ersuchte ungarische Behörde, Einrichtung, Person oder Aufsichtsbehörde eines anderen EU-Mitgliedstaates gemäß der GDPR,
 - in Verfahren gemäß Artikel 56 und 60 bis 65 der GDPR mit der Aufsichtsbehörde eines anderen EU-Mitgliedstaats, dem Europäischen Datenschutzausschuss (der Ausschuss), dem Sekretariat des Ausschusses und der Kommission der Europäischen Union,
 - der für die Verarbeitung Verantwortliche, der Bearbeiter und der Empfänger der Überweisung, die im Rahmen des Verfahrens untersucht werden;
 - andere ersuchte Stelle oder Person.
- **Andere zuständige ungarische Behörde:** Fällt die Bearbeitung eines bei der Behörde eingegangenen Antrags in die Zuständigkeit einer anderen Behörde, verweist die Behörde den Fall, der personenbezogene Daten enthält, gemäß § 17 des Ákr. an diese Behörde.

- ^{6 2} Gemäß § 11 der Mavtv.

- **Gerichte:** Das Gericht, das mit einer Rechtssache im Zusammenhang mit der Verwaltungstätigkeit der Behörde oder mit einer von der Behörde gemäß Artikel 64 des Informationsgesetzes erhobenen Klage befasst ist, kann gemäß den für die Rechtssache geltenden Verfahrensvorschriften auf die in der Akte enthaltenen personenbezogenen Daten zugreifen und diese verarbeiten. In Verwaltungsverfahren gegen Entscheidungen der Behörde legt die Behörde dem Gericht die Verwaltungsakte zusammen mit der Klageschrift vor, die ihr gemäß § 40 Absatz 1 des Gesetzes Nr. I von 2017 über die Verwaltungsverfahrensordnung (im Folgenden „die Ordnung“) vorgelegt wird.
- **Die zuständige Direktion der Nationalen Steuer- und Zollverwaltung (im Folgenden: NAV):** Wenn der Kunde der Verpflichtung zur Zahlung des Geldes - Verfahrens- oder Datenschutzgeld, Verfahrenskosten -, die in der endgültigen Entscheidung der Behörde im Verfahren der Datenschutzbehörde festgelegt ist, nicht nachgekommen ist und die Behörde die Vollstreckung anordnet, beantragt die Behörde beim NAV die Beitreibung der Geldforderung gemäß § 134 Absatz 1 der Abgabenordnung und § 61 Absatz 7 des Informationsgesetzes. Soweit und in dem Umfang, der erforderlich ist, um diesem Antrag nachzukommen, übermittelt die Behörde gegebenenfalls personenbezogene Daten an den NAV.

Nationales Gerichtsamtsamt (OBH): Gemäß § 1 des Gesetzes LIII von 1994 über die gerichtliche Vollstreckung werden die Entscheidungen von Gerichten und anderen Organen, die über Streitigkeiten entscheiden, sowie Forderungen, die sich auf bestimmte Dokumente stützen, im Wege der gerichtlichen Vollstreckung nach Maßgabe des Gesetzes vollstreckt. Die Behörde stellt den Antrag auf gerichtliche Vollstreckung bei der Zentralverwaltung. Bei der Einreichung des Vollstreckungsantrags übermittelt die Behörde dem OBH gemäß § 11 Absatz 2 des Gesetzes die folgenden Informationen:

- a) den Namen des Schuldners (Name im Falle einer Organisation, Firmenname im Falle einer Gesellschaft) und die zu seiner Identifizierung erforderlichen Daten (zumindest Geburtsort und -datum und Name der Mutter oder die Registriernummer der Organisation, Firmenregisternummer im Falle einer Gesellschaft), und
- b) je nach den Umständen des Falles: Wohnsitz, Arbeitsort, Sitz oder Niederlassung des Schuldners (nachstehend „Sitz“ genannt) und Belegenheit der der Zwangsvollstreckung unterliegenden Vermögensgegenstände; mindestens eine der unter diesem Punkt aufgeführten Angaben ist zu machen

Darüber hinaus teilt die Behörde dem OBH bei der Einreichung des Vollstreckungsantrags folgende Informationen mit: die Nummer der Entscheidung der Behörde, das Datum, die Nummer und das Datum der Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung, den Betrag und den Titel der zu vollstreckenden Forderung sowie den letzten Tag der Vollstreckungsfrist.

Im Falle einer gerichtlichen Vollstreckung wird die Vollstreckung von einem unabhängigen Gerichtsvollzieher durchgeführt.

– **Ermittlungsbehörde:** Wendet sich eine Ermittlungsbehörde an die Behörde und bittet um die Übermittlung von Dokumenten für Ermittlungszwecke, ist die Behörde verpflichtet, diese zusammen mit den darin enthaltenen personenbezogenen Daten an die Behörde zu übermitteln. Besteht im Zuge oder im Zusammenhang mit dem Verfahren der Behörde der Verdacht einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit und leitet die Behörde deshalb ein Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren bei der nach § 70 des Informationsgesetzes zur

Einleitung eines Verfahrens berechtigten Stelle ein, so übermittelt sie die für die Erstattung einer Strafanzeige erforderliche Akte zusammen mit den darin enthaltenen personenbezogenen Daten an die zuständige Ermittlungsbehörde.

7. Die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Die Behörde legt die mit dem Fall zusammenhängenden Schriftstücke gemäß den gesetzlichen Vorschriften für die Verwaltung von Schriftstücken öffentlicher Einrichtungen³ ab und bewahrt sie unter den abgelegten Schriftstücken bis zu dem im aktuellen Archivierungsplan angegebenen Zeitpunkt ihrer Vernichtung oder andernfalls bis zu ihrer Übergabe an die Archive auf. Die Behörde bewahrt die Daten zusammen mit den Schriftstücken zu Archivierungszwecken auf, bis diese vernichtet oder archiviert werden. Danach löscht die Behörde mit Ausnahme der Daten, die in den gemäß dem Gesetz zu archivierenden Unterlagen enthalten sind, und der personenbezogenen Daten, die gemäß dem Gesetz im Aktenverwaltungssystem zu verarbeiten sind, die Daten (Verschrottung der Unterlagen) oder stellt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei der Behörde mit der Archivierung ein.

8. Rechte der betroffenen Person in Bezug auf die Datenverarbeitung

8.1. Deadline

Die Behörde kommt einem Antrag auf Ausübung der Rechte der betroffenen Person innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags nach. Das Datum des Eingangs des Ersuchens wird nicht auf die Frist angerechnet.

Die Behörde kann diese Frist erforderlichenfalls unter Berücksichtigung der Komplexität des Ersuchens und der Zahl der Ersuchen um weitere zwei Monate verlängern. Die Behörde unterrichtet die betreffende Person innerhalb eines Monats nach Eingang des Ersuchens über die Verlängerung unter Angabe der Gründe für die Verzögerung. ⁷

³ Ltv. und der Regierungsverordnung 335/2005 (XII. 29.) über die allgemeinen Anforderungen an die Dokumentenverwaltung öffentlicher Einrichtungen.

8.2. Rechte der Betroffenen in Bezug auf die Datenverarbeitung

8.2.1. Das Recht auf Zugang

Die betroffene Person hat das Recht, von der Behörde über die unter Nummer 1 genannten Kontaktdaten Auskunft darüber zu erhalten, ob ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden oder nicht, und, falls eine solche Verarbeitung stattfindet, das Recht, darüber informiert zu werden,

- Die Behörde
 - welche persönlichen Daten;
 - auf welcher Rechtsgrundlage;
 - für welchen Verarbeitungszweck;
 - für wie lange

verwaltet; und dass

- an wen, wann, nach welchem Recht, welche personenbezogenen Daten, und an wen die Behörde Zugang zu personenbezogenen Daten gewährt oder diese übermittelt hat;
- die Quelle der personenbezogenen Daten (falls nicht von der betroffenen Person an die Behörde übermittelt);
- ob die Behörde eine automatisierte Entscheidungsfindung und deren Logik, einschließlich Profiling, verwendet.

Die Behörde stellt auf Antrag der betroffenen Person erstmals kostenlos eine Kopie der betreffenden personenbezogenen Daten zur Verfügung; danach kann sie eine angemessene Gebühr auf der Grundlage der Verwaltungskosten erheben.

Um die Datensicherheit zu gewährleisten und die Rechte der betroffenen Person zu schützen, prüft die Behörde die Identität der betroffenen Person und der Person, die das Auskunftsrecht ausüben möchte; zu diesem Zweck ist die Erteilung von Auskünften, der Zugang zu oder das Kopieren von Daten von der Identifizierung der betroffenen Person abhängig.

In behördlichen Verfahren gelten für die Akteneinsicht die Bestimmungen der Ák. 33 und 34 der Prozessordnung.

8.2.2. Das Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person kann bei der Behörde die Berichtigung der sie betreffenden personenbezogenen Daten beantragen, indem sie die unter Punkt 1 genannten Kontaktdaten verwendet. Kann die betroffene Person die Richtigkeit der berichtigten Daten glaubhaft darlegen, so kommt die Behörde dem Antrag innerhalb von höchstens einem Monat nach und unterrichtet die betroffene Person unter Verwendung der von ihr angegebenen Kontaktdaten darüber.

8.2.3. Recht auf Sperrung (Einschränkung der Verarbeitung)

Die betroffene Person kann über die unter Punkt 1 angegebenen Kontaktdaten beantragen, dass die Behörde die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einschränkt (unter deutlicher Angabe der Einschränkung und unter Gewährleistung der Trennung der Verarbeitung von anderen Daten), wenn die Richtigkeit ihrer personenbezogenen Daten bestreitet (in diesem Fall schränkt die Behörde die Verarbeitung für den Zeitraum ein, der zur Überprüfung der Richtigkeit der personenbezogenen Daten erforderlich ist);

- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der Daten ablehnt und stattdessen eine Einschränkung ihrer Verwendung verlangt;
- der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr benötigt, die betroffene Person sie aber zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt; oder
- die betroffene Person hat gegen die Verarbeitung Widerspruch eingelegt (in diesem Fall gilt die Einschränkung für den Zeitraum, bis festgestellt ist, ob die berechtigten Gründe des für die Verarbeitung Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen).

Darüber hinaus kann die Behörde in behördlichen Verfahren auf Antrag oder von Amts wegen die vertrauliche Behandlung der natürlichen Identität und der Anschrift des Mandanten und anderer Verfahrensbeteiligter anordnen, wenn dies gemäß Ákr. 28 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuchs gerechtfertigt ist, wenn deren Mitwirkung am Verfahren schwerwiegende negative Folgen haben kann; das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch. Gemäß Ákr. 30 kann die Behörde zum Schutz von Minderjährigen, geschäftsunfähigen oder teilweise geschäftsunfähigen Erwachsenen, Zeugen, Eigentümern von Beweismitteln oder überwachten Personen beschließen, die Verarbeitung von Daten und das Recht auf Zugang zu Dokumenten ohne einen entsprechenden Antrag einzuschränken.

8.2.4. Das Recht auf Protest

Die betroffene Person kann der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten widersprechen, wenn sie der Ansicht ist, dass die Behörde ihre personenbezogenen Daten in einer Weise verarbeitet, die mit den Zwecken dieser Datenschutzerklärung unvereinbar ist, indem sie die unter Punkt 1 angegebenen Kontaktdaten verwendet. In einem solchen Fall muss die Behörde zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die der Feststellung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen.

8.2.5. Das Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann ihr Recht auf Löschung in Bezug auf die in dieser Bekanntmachung beschriebene Verarbeitung nur dann geltend machen, wenn die Daten für die Erfüllung einer Aufgabe, die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die der Behörde übertragen wurde, nicht mehr erforderlich sind. Was die zu archivierenden Dokumente betrifft, so kann die Löschung der Daten nicht ohne Beeinträchtigung der Integrität der Dokumente erfolgen.

9. Recht auf Rechtsbehelf

Ist die betroffene Person der Ansicht, dass die Behörde bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die geltenden Datenschutzbestimmungen verstoßen hat, kann sie sich an die Behörde wenden

- kann eine Beschwerde bei der Behörde einreichen (Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit, Anschrift: 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11, Postanschrift: 1363 Budapest, Pf. 9, E-mail: ugyfelszolgalat@naih.hu, Website: www.naih.hu), oder

- das Recht haben, sich an die Gerichte zu wenden, die über die Angelegenheit von Amts wegen entscheiden werden, um Ihre Daten zu schützen. In diesem Fall können Sie frei entscheiden, ob Sie Ihren Wohnsitz (ständiger Wohnsitz)

(ständiger Wohnsitz) oder der Wohnsitz (vorübergehender Wohnsitz) oder das zuständige Gericht des Ortes, an dem die Behörde ihren Sitz hat. Das Gericht des Wohnsitzes oder des Aufenthaltsortes finden Sie unter <https://birosag.hu/birosag-kereso>. Das für den Sitz der Behörde zuständige Gericht ist das Stadtgericht von Budapest.

Gegen Entscheidungen, die die Behörde im Rahmen eines behördlichen Verfahrens trifft, insbesondere gegen Entscheidungen über die Akteneinsicht, die mit der Verarbeitung von Daten durch die Behörde zusammenhängen können, steht ein besonderer Rechtsbehelf nach dem Ákr. (Kapitel IX der Ákr.) zur Verfügung.

Olimpia Kerékpár Kft.

Hinweis zum Datenschutz

an Unternehmen und andere Organisationen, die mit der Organisation in einer vertraglichen Beziehung stehen

Einführung

Als für die Datenverarbeitung Verantwortlicher unterhält die Organisation vertragliche Beziehungen zu Unternehmen und anderen Organisationen, die zum reibungslosen Funktionieren der Organisation beitragen. Die Organisation verarbeitet die personenbezogenen Daten der Führungskräfte und Mitarbeiter dieser Organisationen - der betroffenen Personen -, die für die Zwecke der Beziehung unbedingt erforderlich sind.

Als für die Verarbeitung Verantwortlicher ist die Organisation bestrebt, die rechtlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates, in vollem Umfang zu erfüllen.

Dieser Datenschutzhinweis wurde gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz personenbezogener Daten natürlicher Personen und zum freien Datenverkehr erstellt, vorbehaltlich der Anforderungen des Gesetzes CXII von 2011 über das Recht auf Informationsselbstbestimmung und Informationsfreiheit.

Die Organisation verarbeitet die Daten der mit ihr verbundenen natürlichen Personen in Übereinstimmung mit dem Gesetz und den in ihrer Geschäftsordnung festgelegten Grundsätzen. In Übereinstimmung mit den internen Regeln verarbeiten die Verantwortlichen und Mitarbeiter der Organisation die Daten natürlicher Personen rechtmäßig.

Die Organisation legt größten Wert darauf, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der ihr angeschlossenen Personen zu respektieren, behandelt ihre personenbezogenen Daten vertraulich und beachtet alle technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Sicherheit der Daten zu gewährleisten.

Der vorliegende Datenschutzhinweis informiert die betroffenen Personen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten.

Name und Kontaktangaben des für die Verarbeitung Verantwortlichen:

Name der Organisation:	Olimpia Kerékpár Kft.
Adresse der Organisation:	1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.
Name der Website, Adresse:	www.gepida.hu
Postanschrift:	1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.
E-mail:	hr@gepida.hu
Telefon:	+36 30 2283876

Grundsätze der Datenverwaltung

Der für die Verarbeitung Verantwortliche erklärt, dass er personenbezogene Daten im Einklang mit seiner Verarbeitungspolitik verarbeitet und die Bestimmungen der geltenden Rechtsvorschriften einhält, insbesondere in Bezug auf:

- personenbezogene Daten rechtmäßig und nach Treu und Glauben und in einer für die betroffene Person transparenten Weise verarbeiten.
- Personenbezogene Daten werden nur für festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke verarbeitet. Der spezifische Zweck ist in diesem Fall die Kommunikation mit Vertragspartnern.
- Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist die Einwilligung der betroffenen Person oder eine rechtliche Verpflichtung.
- Bei den betroffenen Personen handelt es sich um die Kontaktpersonen und Mitarbeiter von Unternehmen und anderen Organisationen, die mit der Organisation in einer vertraglichen Beziehung stehen.
- Dauer der Verarbeitung und Löschung der Daten. Die Dauer der Datenverarbeitung richtet sich immer nach dem spezifischen Zweck des Nutzers, aber die Daten müssen unverzüglich gelöscht werden, sobald der ursprüngliche Zweck erreicht ist. Die betroffene Person kann ihre Einwilligung zur Verarbeitung jederzeit widerrufen. Steht der Löschung kein rechtliches Hindernis entgegen, werden Ihre Daten gelöscht.
- Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche und seine Mitarbeiter haben das Recht auf Zugang zu den Daten.
- Die betroffene Person kann von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen Zugang zu den sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie deren Berichtigung, Löschung oder Einschränkung verlangen und der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten widersprechen.
- Die betroffene Person kann ihre Einwilligung jederzeit widerrufen; dies ändert jedoch nichts an der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung, die auf der Grundlage der Einwilligung vor dem Widerruf erfolgte.
- Die betroffene Person kann von ihrem Recht Gebrauch machen, bei der Aufsichtsbehörde eine Beschwerde einzureichen.
- Die betroffene Person hat das Recht, auf Antrag und ohne unangemessene Verzögerung von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Berichtigung oder Ergänzung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- Die betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich

gelöscht werden, und der für die Verarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt.

- Sie können die Änderung oder Löschung Ihrer personenbezogenen Daten per E-Mail, Telefon oder Brief unter den in der Informationsschrift angegebenen Kontaktdaten beantragen.
- Personenbezogene Daten werden in Papier- und elektronischer Form so gespeichert, dass die Identifizierung der betroffenen Personen nur für den erforderlichen Zeitraum möglich ist. Personenbezogene Daten dürfen nur dann länger gespeichert werden, wenn die Speicherung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, zu wissenschaftlichen und historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken erfolgt.
- Die Verarbeitung und angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten wird durch technische und organisatorische Maßnahmen gewährleistet. Der Schutz gegen unbefugte oder unrechtmäßige Verarbeitung, zufälligen Verlust, Zerstörung oder Beschädigung ist gewährleistet.
- Die Datenschutzgrundsätze gelten für alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Umfang der verarbeiteten Daten	Zweck der Datenverarbeitung
Name	Identifizierung, Kontakt, Registrierung.
Adresse	Identifizierung, Kontakt, Registrierung.
Rufnummer	Für Kontaktzwecke erforderlich.
E-mail	Für Kontaktzwecke erforderlich.

Für Angelegenheiten, die nicht durch diese Datenschutzerklärung abgedeckt sind, gelten die Datenschutzrichtlinie und die zugrunde liegenden Gesetze und Vorschriften.

Name der Organisation: Olimpia Kerékpár Kft.

Adresse: 1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.

Einverständniserklärung zur Datenverarbeitung

Zugang zu personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung

Name/Firmenname:

Anschrift/Wohnort:

Telefonnummer, E-Mail:

Ich, die oben genannte Person, erkläre mich hiermit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten zum Zwecke der Kontaktaufnahme eingesehen und verarbeitet werden dürfen.

Um den Zweck der Verarbeitung zu erreichen, müssen die Daten an den folgenden für die Verarbeitung Verantwortlichen übermittelt werden:

Name der Organisation: Standort:

So übertragen Sie Daten Ich trage bei Ich stimme nicht zu

Ich bin damit einverstanden, dass der für die Verarbeitung Verantwortliche meine Daten auch für die folgenden Zwecke verwenden darf:

Zweck der Nutzung: Ich trage bei Ich stimme nicht zu

Der für die Verarbeitung Verantwortliche erklärt, dass die Dauer der Datenverarbeitung, sofern gesetzlich nicht anders vorgesehen, so lange andauert, bis der Zweck der Verarbeitung erfüllt ist.

Ich, der Unterzeichner, nehme zur Kenntnis, dass meine Daten an die Verantwortlichen und Mitarbeiter der Organisation, die diese Erklärung verlangt, weitergegeben werden können. Ich erkläre, dass ich ausführlich über den Zweck der Verarbeitung und meine Rechte in Bezug auf die Verarbeitung informiert worden bin, dass ich sie verstehe und dass ich meine Einwilligung freiwillig gegeben habe, um den Zweck der Verarbeitung zu erreichen.

Datum:

.....
Unterschrift im Firmenformat

Name des Unternehmens: Olimpia Kerékpár Kft.
Sitz: 1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.
Registrierungsnummer des Unternehmens: 01-09-566339

Interessen-Screening-Test

Thema:

Diese Prüfung der Interessenabwägung ist erforderlich, um festzustellen, ob die Bedingungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Bezug auf die personenbezogenen Daten, die Gegenstand dieser Interessenabwägung sind, erfüllt sind.

Bei der Prüfung der Interessen:

1. das berechtigte Interesse an der Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Rahmen einer Interessenabwägung festgestellt wird
2. die Erforderlichkeit der Verarbeitung geprüft wird
3. die Interessen und Grundrechte der betroffenen Person in Bezug auf die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Interessenprüfung sind, festgestellt werden
4. eine Abwägung zwischen den berechtigten Interessen des Unternehmens und den Interessen und Grundrechten der betroffenen Person vorgenommen wird und auf dieser Grundlage entschieden wird, ob die personenbezogenen Daten der betroffenen Person verarbeitet werden dürfen.

1. Das berechtigte Interesse des Unternehmens (für die Verarbeitung Verantwortlicher)

- Zweck der Datenverarbeitung:

Der Hauptzweck eines Unternehmens als Wirtschaftsunternehmen ist die Erzielung eines wirtschaftlichen Ergebnisses im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit. Die Kunden des Unternehmens sind die natürlichen oder juristischen Personen, an die Waren verkauft oder Dienstleistungen erbracht werden. Um die Kunden flexibel und reibungslos bedienen zu können, ist es notwendig, Vorräte zu halten. Die ständige Überwachung der Bestände und die Erbringung von Dienstleistungen sind für den wirtschaftlichen Betrieb des Unternehmens unerlässlich.

- Beschreibung des berechtigten Interesses des für die Verarbeitung Verantwortlichen:

Das Unternehmen verfügt über eine große Anzahl wertvoller fester und beweglicher Vermögenswerte, deren kontinuierliche Kameraüberwachung zum Schutz vor unbefugtem Eindringen unerlässlich ist. Die Kameraüberwachung ist auch wichtig, um die Qualität der Dienstleistungen zu überwachen und die Legitimität möglicher Kundenbeschwerden zu bewerten sowie die Authentizität eines Arbeitsunfalls festzustellen.

Feststellungen:

Der Einsatz einer Kamera ist unerlässlich, um Eigentum und Waren zu schützen, die Qualität von Dienstleistungen zu überprüfen, die Echtheit von Kundenbeschwerden zu verifizieren und den Sachverhalt eines Arbeitsunfalls zu untersuchen.

2. Prüfung der Erforderlichkeit der Verarbeitung

- Warum ist die Datenverarbeitung notwendig, um den Zweck zu erreichen?

Gemäß GDPR (47) ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung das berechtigte Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen, wenn eine relevante und angemessene Beziehung zwischen dem für die Verarbeitung Verantwortlichen und den betroffenen Personen besteht. Auf dieser Grundlage können die betroffenen Personen zum Zeitpunkt der Erhebung vernünftigerweise erwarten, dass die Verarbeitung für die Zwecke erfolgt, für die die Daten erhoben werden.

- Gibt es eine alternative Lösung, um das Ziel zu erreichen?

Derzeit ist die einzige wirkliche Möglichkeit, Vermögenswerte zu schützen und zu überwachen, die Videoüberwachung.

- Was sind die Nachteile für das Unternehmen, wenn die Daten nicht verarbeitet werden?

Mögliche Sachbeschädigungen und Diebstähle, einschließlich feststehender und rotierender Geräte sowie beweglicher Sachen, können ohne ein Kamerasystem nicht glaubwürdig dokumentiert werden und würden die Möglichkeit der Wiederbeschaffung erheblich erschweren.

Feststellung: Die Tätigkeit des Unternehmens rechtfertigt den Einsatz eines CCTV-Überwachungssystems.

3. Interessen und Grundrechte der betroffenen Person

- Die Beziehung des Unternehmens zu den betroffenen Personen (Interessenten, Vertragspartner usw.):

Das Unternehmen beschäftigt im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit Arbeitnehmer. Bevor ein Arbeitnehmer eingestellt wird, erhält er ausführliche Informationen über seine Tätigkeit und die Regeln für die Beschäftigung. Dabei wird auch der Datenschutz besprochen.

- Begründete Erwartungen, Interessen, Grundrechte oder Freiheiten der betroffenen Person: Die betroffene Person hat ein grundlegendes Interesse daran, dass ihre Privatsphäre von den für die Verarbeitung Verantwortlichen geachtet wird, dass sie ihr Recht auf Kontrolle der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten ausüben kann und dass sie ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung wahrnimmt. Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung - einschließlich Profiling - beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.
- Positive und negative Auswirkungen der Verarbeitung auf die betroffene Person: Die Verarbeitung hat / hat keine (ggf. unterstreichen) negativen Auswirkungen auf die betroffene Person.

Feststellung: Der für die Verarbeitung Verantwortliche hat auf der Grundlage der obigen Ausführungen die Interessen und Rechte der betroffenen Personen bewertet und berücksichtigt.

4. Gegenüberstellung der Interessen des Unternehmens und der betroffenen Person (warum die Verarbeitung verhältnismäßig ist)

Die betroffenen Personen sind Angestellte des Unternehmens. Ihr Einkommen und die Zahlung der damit verbundenen öffentlichen Abgaben sind durch den Unternehmensvertrag garantiert. Das Unternehmen ist in der Lage, diese Kosten zu tragen, solange seine wirtschaftliche Tätigkeit rentabel ist. Dementsprechend liegt die Datenverwaltung des

Unternehmens, in diesem Fall die kontinuierliche Videoüberwachung des Anlagenbestands, auch im Interesse der betroffenen Personen.

5. Das Ergebnis der Interessenabwägungsprüfung:

Die Interessenabwägung hat ergeben, dass das Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen an der Verarbeitung der personenbezogenen Daten das Interesse der betroffenen Person am Schutz ihrer personenbezogenen Daten überwiegt. Die Verarbeitung stellt keine unnötige und unverhältnismäßige Einschränkung der Interessen, Grundrechte oder Freiheiten der betroffenen Person dar. Die betroffene Person wird vor Beginn der Verarbeitung personenbezogener Daten über die wesentlichen Umstände der Verarbeitung und über die ihr zustehenden Rechte unterrichtet. Die betroffene Person kann gegen die Verarbeitung Widerspruch einlegen!

Die Verarbeitung stützt sich auf die genaue Rechtsgrundlage des Unternehmens (f). Auf dieser Grundlage ist der Einsatz eines Kameraüberwachungssystems gerechtfertigt und rechtmäßig.

Hinweis zum Datenschutz

<http://www.gepida.hu>

Besucher der Website und registrierte Nutzer.

Einführung

Der Diensteanbieter/Datenverantwortliche verarbeitet die Daten der auf der Website registrierten Personen im Rahmen seines Betriebs, um ihnen einen angemessenen Service zu bieten.

Der Diensteanbieter beabsichtigt, die rechtlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates, vollständig einzuhalten.

Dieser Datenschutzhinweis wurde gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz personenbezogener Daten natürlicher Personen und zum freien Datenverkehr erstellt, unter Berücksichtigung des Inhalts des Gesetzes CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit.

Name des Diensteanbieters, des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen

Name / Firmenname:	Olimpia Kerékpár Kft.
Sitz:	1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.
Steuernummer:	122161109-2-42
Registrierungsnummer (NAIH):	-----
Name der Website, Adresse:	www.gepida.hu
Kontaktinformationen zum Datenschutzhinweis:	1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.

Kontaktinformationen des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Name / Firmenname:	Olimpia Kerékpár Kft.
Sitz:	1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.
Postanschrift:	1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.
E-Mail:	recepcio@gepida.hu
Telefon:	+36 1 400-6065

Definitionen

- die **GDPR** (General Data Protection Regulation) ist die neue Datenschutzverordnung der Europäischen Union;
- **Verarbeitung**: jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten oder einer Reihe personenbezogener Daten wie das Erheben, das Speichern, die Organisation, die Strukturierung, die Aufbewahrung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Benutzung, die Weitergabe, die Übermittlung, die Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, die Kombination oder die Verknüpfung sowie das Einschränken, Löschen oder Vernichten;
- **Datenverarbeiter**: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet;
- **personenbezogene Daten**: alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person (betroffene Person); als bestimmbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind;
- **für die Verarbeitung Verantwortlicher**: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheidet; werden die Zwecke und Mittel der Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten bestimmt, so können auch der für die Verarbeitung Verantwortliche oder spezifische Kriterien für die Bestimmung des für die Verarbeitung Verantwortlichen durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten festgelegt werden;

- **die Einwilligung der betroffenen Person**: eine ohne Zwang, für den konkreten Fall, in Kenntnis der Sachlage und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung, mit der die betroffene Person durch eine Erklärung oder eine Handlung, die ihre eindeutige Zustimmung zum Ausdruck bringt, ihr Einverständnis mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Ausdruck bringt;
- **Datenschutzverletzung**: eine Verletzung der Sicherheit, die zur zufälligen oder unrechtmäßigen Zerstörung, zum Verlust, zur Änderung, zur unbefugten Weitergabe von oder zum Zugriff auf übermittelte, gespeicherte oder anderweitig verarbeitete personenbezogene Daten führt.
- **Empfänger**: die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, unabhängig davon, ob es sich um einen Dritten handelt oder nicht, an die oder mit der die personenbezogenen Daten weitergegeben werden. Behörden, die im Rahmen einer Einzelermittlung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten Zugang zu personenbezogenen Daten haben können, sind keine Empfänger; die Verarbeitung solcher Daten durch diese Behörden muss den geltenden Datenschutzvorschriften entsprechend dem Zweck der Verarbeitung entsprechen;
- **Dritter**: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle außer der betroffenen Person, dem für die Verarbeitung Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter oder den Personen, die unter der unmittelbaren Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters befugt sind, personenbezogene Daten zu verarbeiten.

Grundsätze der Datenverwaltung

Der für die Verarbeitung Verantwortliche erklärt, dass er personenbezogene Daten in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Datenschutzhinweises verarbeiten und die geltenden Gesetze einhalten wird, insbesondere in Bezug auf:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten muss rechtmäßig, fair und für die betroffene Person transparent sein.

Personenbezogene Daten dürfen nur für festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben werden.

Die Zwecke, für die personenbezogene Daten verarbeitet werden, müssen angemessen, erheblich und auf das erforderliche Maß beschränkt sein.

Personenbezogene Daten müssen richtig sein und auf dem neuesten Stand gehalten werden. Unzutreffende personenbezogene Daten müssen unverzüglich gelöscht werden.

Personenbezogene Daten dürfen nur so lange wie nötig in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Personenbezogene Daten dürfen nur dann länger gespeichert werden, wenn die Speicherung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, zu wissenschaftlichen und historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken erfolgt.

Personenbezogene Daten sind so zu verarbeiten, dass eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet ist, einschließlich des Schutzes vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung, zufälligem Verlust, Zerstörung oder Beschädigung durch geeignete technische oder organisatorische Maßnahmen.

Die Grundsätze des Datenschutzes gelten für alle Informationen, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person beziehen.

Wichtige Informationen zur Datenverwaltung, die Sie benötigen

Der Zweck der Datenverarbeitung besteht darin, dem Diensteanbieter/Datenverantwortlichen zu ermöglichen, den auf der Website registrierten Personen zusätzliche Dienste anzubieten.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist die Einwilligung der betroffenen Person.

Die von der Verarbeitung betroffenen Personen sind die registrierten Nutzer der Website.

Dauer der Verarbeitung und Löschung der Daten. Die Dauer der Verarbeitung richtet sich stets nach dem konkreten Zweck des Nutzers, die Daten werden jedoch unverzüglich gelöscht, sobald der ursprüngliche Zweck erreicht ist. Die betroffene Person kann ihre Einwilligung in die Verarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen. Steht der Löschung kein rechtliches Hindernis entgegen, werden die Daten gelöscht.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche und seine Mitarbeiter haben das Recht auf Auskunft über die Daten.

Die betroffene Person kann von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten verlangen und der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten sowie dem Recht der betroffenen Person auf Datenübertragbarkeit widersprechen.

Die betroffene Person kann ihre Einwilligung zur Verarbeitung jederzeit widerrufen, ohne dass dadurch die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Die betroffene Person kann von ihrem Recht Gebrauch machen, bei der Aufsichtsbehörde eine Beschwerde einzureichen.

Wenn die betroffene Person die Vorteile der Registrierung nutzen möchte, d. h. die Dienste der Website in Anspruch nehmen möchte, muss sie die angeforderten personenbezogenen Daten bereitstellen. Die betroffene Person ist nicht verpflichtet, personenbezogene Daten anzugeben, und es entstehen ihr keine Nachteile, wenn

sie diese Daten nicht angibt. Es ist jedoch nicht möglich, bestimmte Funktionen der Website ohne Registrierung zu nutzen.

Die betroffene Person hat das Recht, auf Antrag und ohne unnötige Verzögerung von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Berichtigung oder Ergänzung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

Die betroffene Person hat das Recht, auf Antrag und ohne unnötige Verzögerung von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten gelöscht werden, und der für die Verarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, sie betreffende personenbezogene Daten ohne unnötige Verzögerung zu löschen, es sei denn, es besteht eine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Sie können die Änderung oder Löschung Ihrer personenbezogenen Daten per E-Mail, Telefon oder Brief unter den oben angegebenen Kontaktdaten beantragen.

Registrierung auf der Website

Der Zweck der Verarbeitung ist die Bereitstellung zusätzlicher Dienste und die Kontaktaufnahme mit Ihnen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Registrierungsdaten ist Ihre Einwilligung.

Die betroffenen Personen sind die registrierten Nutzer der Website.

Dauer der Verarbeitung. Die Verarbeitung wird so lange fortgesetzt, bis die Einwilligung widerrufen wird. Sie können Ihre Einwilligung zur Verarbeitung jederzeit widerrufen, indem Sie eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse senden.

Die Daten werden gelöscht, wenn die Einwilligung zur Verarbeitung widerrufen wird. Sie können Ihre Zustimmung zur Verarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche und seine Mitarbeiter sind berechtigt, auf die Daten zuzugreifen.

Art der Speicherung der Daten: elektronisch.

Sie können die Änderung oder Löschung Ihrer personenbezogenen Daten per E-Mail, Telefon oder Brief an die oben genannte Kontaktadresse verlangen.

Die Angabe personenbezogener Daten ist für die Identifizierung in Datenbanken und für die Kontaktaufnahme unbedingt erforderlich. Die genaue Angabe des Firmennamens und der Adresse ist für die Rechnungsstellung erforderlich, die eine gesetzliche Verpflichtung darstellt.

Umfang der verarbeiteten Daten	Spezifische Zwecke der Verarbeitung von Daten
Name	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
Name des Unternehmens	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
Adresse	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
E-Mail	Identifizierung, Kontakt.
Telefon	Identifizierung, Kontakt.
Datum der Eintragung	Technische Informationen zum Betrieb.
IP-Adresse	Technische Informationen zum Betrieb.

Der Nutzer kann seine Zustimmung zur Verarbeitung seiner Daten geben, indem er bewusst das leere Kontrollkästchen auf der Website ankreuzt, das speziell für diesen Zweck vorgesehen ist.

Sie als betroffene Person können gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Einspruch erheben. In diesem Fall haben Sie das Recht, sich auf das Verfahren zu berufen, das in den oben und in dieser Mitteilung aufgeführten Informationen zur Verarbeitung sowie in den in dieser Mitteilung beschriebenen Rechtsvorschriften beschrieben ist.

Bestellung aufgeben

Der Zweck der Datenverarbeitung besteht darin, zusätzliche Dienstleistungen zu erbringen, Kontakt aufzunehmen und Bestätigungs-E-Mails zu versenden. Wir können Ihre Bestellung nur erfüllen, wenn Sie uns Ihre Kontakt- und Rechnungsdaten mitteilen, die für die Kontaktaufnahme und Rechnungsstellung unbedingt erforderlich sind.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Ihre Einwilligung. Im Falle der Rechnungsstellung beruht die Verarbeitung auf einer gesetzlichen Vorschrift.

Die betroffenen Personen sind die registrierten Nutzer der Website.

Dauer der Verarbeitung. Die Verarbeitung erfolgt bis zum Erreichen der gesetzlichen Voraussetzungen oder bis zum Widerruf der Einwilligung. Sie können Ihre Einwilligung in die Verarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen.

Die Daten werden gelöscht, wenn die Einwilligung zur Verarbeitung widerrufen wird. Sie können Ihre Einwilligung in die Datenverarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen. Abrechnungsdaten können gelöscht werden, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche und seine Mitarbeiter sind berechtigt, die Daten einzusehen.

Art der Speicherung der Daten: elektronisch.

Die Änderung oder Löschung personenbezogener Daten kann per E-Mail, Telefon oder Brief an die oben genannte Kontaktadresse veranlasst werden.

Umfang der verarbeiteten Daten	Spezifische Zwecke der Verarbeitung von Daten
Name	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
Name des Unternehmens	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
Adresse	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
E-Mail	Identifizierung, Kontakt.
Telefon	Identifizierung, Kontakt.
Details zum bestellten Produkt	Identifizierung des Produkts.
Datum der Eintragung	Technische Informationen zum Betrieb.
IP-Adresse	Technische Informationen zum Betrieb.

Der Nutzer kann seine Zustimmung zur Verarbeitung seiner Daten geben, indem er bewusst das leere Kästchen auf der Website ankreuzt, das speziell für diesen Zweck vorgesehen ist.

Die betroffene Person kann gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen. In diesem Fall hat sie das Recht, sich auf das Verfahren zu berufen, das in den oben und in dieser Mitteilung aufgeführten Informationen zur Verarbeitung sowie in den in dieser Mitteilung beschriebenen Rechtsvorschriften beschrieben ist.

Einrichten eines Kontos

Der Zweck der Verarbeitung ist die Ausstellung und Übermittlung einer elektronischen Rechnung als E-Mail-Anhang.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist eine auf Gesetz beruhende Pflichtverarbeitung.

Die betroffenen Personen sind die Kundenpartner des Dienstleisters.

Dauer der Verarbeitung. Die Verarbeitung erfolgt bis zum Widerruf der Einwilligung oder bis zum Erlöschen der gesetzlichen Verpflichtung. Sie können Ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen.

Die Daten werden gelöscht, wenn die Einwilligung zur Verarbeitung widerrufen wird. Sie können Ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen. Abrechnungsdaten können gelöscht werden, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche und seine Mitarbeiter sind berechtigt, die Daten einzusehen.

Art der Speicherung der Daten: elektronisch.

Die Änderung oder Löschung von Rechnungsdaten kann per E-Mail, Telefon oder Brief an die oben genannte Kontaktadresse veranlasst werden.

Umfang der verarbeiteten Daten	Spezifische Zwecke der Verarbeitung von Daten
Name	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
Name des Unternehmens	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
Adresse	Identifizierung, Kontakt, Rechnungsstellung.
E-Mail	Identifizierung, Kontakt.
Telefon	Identifizierung, Kontakt.
Steuernummer/ Steueridentifikationsnummer	Identifizierung des Käufers.
Details zum Konto	Identifizierung des Kontos.
Ausstellungsdatum der Rechnung	Technische Informationen zum Betrieb.

Der Nutzer kann seine Zustimmung zur Verarbeitung seiner Daten geben, indem er bewusst das leere Kästchen auf der Website ankreuzt, das speziell für diesen Zweck vorgesehen ist.

Die betroffene Person kann gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen. In diesem Fall hat sie das Recht, sich auf das Verfahren zu berufen, das in den oben und in dieser Mitteilung aufgeführten Informationen zur Verarbeitung sowie in den in dieser Mitteilung beschriebenen Rechtsvorschriften beschrieben ist.

Newsletter versenden

Als Betreiber dieser Website erklären wir, dass die von uns veröffentlichten Informationen und Beschreibungen in vollem Umfang den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Wir erklären ferner, dass wir bei der Anmeldung zu einem Newsletter nicht in der Lage sind, die Echtheit der Kontaktdaten zu überprüfen oder festzustellen, ob es sich bei den angegebenen Daten um eine Person oder ein Unternehmen handelt. Unternehmen, die mit uns Kontakt aufnehmen, werden als Kundenpartner behandelt.

Der Zweck der Verarbeitung besteht darin, Ihnen professionelle Broschüren, Werbe-E-Mails, Informationen und Newsletter zuzusenden, die Sie jederzeit ohne Folgen abbestellen können. Sie können sich auch folgenlos abmelden, wenn Ihr Unternehmen nicht mehr existiert, Sie das Unternehmen verlassen haben oder jemand uns Ihre Kontaktdaten mitgeteilt hat.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Ihre Zustimmung. Bitte beachten Sie, dass der Nutzer seine vorherige und ausdrückliche Zustimmung erteilen kann, vom Diensteanbieter mit Werbeangeboten, Informationen und anderen Sendungen an die bei der Registrierung angegebene E-Mail-Adresse kontaktiert zu werden. Infolgedessen kann der Nutzer der Verarbeitung der für diesen Zweck erforderlichen personenbezogenen Daten durch den Diensteanbieter zustimmen.

Bitte beachten Sie, dass Sie zur Angabe der erforderlichen Daten verpflichtet sind, wenn Sie Newsletter von uns erhalten möchten. Wenn Sie diese Daten nicht angeben, können wir Ihnen keinen Newsletter zusenden.

Dauer der Datenverarbeitung. Die Daten werden so lange verarbeitet, bis die Einwilligung widerrufen wird. Sie können Ihre Einwilligung in die Verarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen.

Ihre Daten werden gelöscht, wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen. Sie können Ihre Zustimmung zur Verarbeitung jederzeit durch eine E-Mail an die Kontakt-E-Mail-Adresse widerrufen.

Sie können Ihre Einwilligung auch widerrufen, indem Sie dem Link in den Ihnen zugesandten Newslettern folgen.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche und seine Mitarbeiter sind berechtigt, die Daten einzusehen.

Art der Speicherung der Daten: elektronisch.

Die Änderung oder Löschung der Daten kann per E-Mail, Telefon oder Brief unter den oben genannten Kontaktdaten veranlasst werden.

Die Registrierungsnummer des für die Verarbeitung Verantwortlichen:	NAIH-.....
--	------------

Der verwendete Datenverarbeiter:	http://.....
----------------------------------	--------------

Umfang der verarbeiteten Daten	Spezifische Zwecke der Verarbeitung von Daten
Name	Identifizierung, Kontakt.
E-Mail	Identifizierung, Kontakt.
Datum der Zeichnung	Technische Informationen zum Betrieb.
IP-Adresse	Technische Informationen zum Betrieb.

Bitte beachten Sie, dass weder der Benutzername noch die E-Mail-Adresse persönliche Daten enthalten müssen. Es ist zum Beispiel nicht notwendig, dass der Benutzername oder die E-Mail-Adresse Ihren Namen enthält. Es steht Ihnen völlig frei, ob Sie einen Benutzernamen oder eine E-Mail-Adresse angeben, die Informationen enthält, die Sie identifizieren. Die E-Mail-Adresse, die zur Kontaktaufnahme mit Ihnen verwendet wird, ist unbedingt erforderlich, um sicherzustellen, dass alle an Sie gesendeten Newsletter oder beruflichen Informationen ankommen.

Cookies

Cookies werden von den besuchten Websites auf dem Computer des Nutzers abgelegt und enthalten Informationen wie die Seiteneinstellungen oder den Anmeldestatus.

Cookies sind also kleine Dateien, die von den besuchten Websites erstellt werden. Sie verbessern das Nutzererlebnis durch die Speicherung von Browsing-Daten. Cookies helfen der Website, sich an Ihre Seiteneinstellungen zu erinnern und Ihnen lokal relevante Inhalte anzubieten.

Eine kleine Datei (Cookie) wird von der Website des Anbieters an den Computer des Website-Besuchers gesendet, um die Tatsache und den Zeitpunkt des Besuchs festzustellen. Der Anbieter informiert den Website-Besucher hierüber.

Die betroffene Person bei der Verarbeitung sind die Besucher der Website. Der Zweck der Verarbeitung ist die Bereitstellung zusätzlicher Dienste, die Identifizierung und die Verfolgung der Besucher.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. Die Zustimmung des Nutzers ist nicht erforderlich, wenn die Verwendung von Cookies für den Anbieter unbedingt notwendig ist.

Umfang der Daten: eindeutige Kennung, Uhrzeit, Präferenzen.

Der Nutzer hat jederzeit die Möglichkeit, die Cookies im Menü „Einstellungen“ seines Browsers zu löschen.

Die Daten können von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen eingesehen werden. Durch die Verwendung von Cookies werden keine personenbezogenen Daten von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet.

Die Daten werden elektronisch gespeichert.

Gemeinschaftsstandorte

Eine Social-Networking-Site ist ein Medieninstrument, bei dem die Botschaft durch soziale Nutzer verbreitet wird. Soziale Medien nutzen das Internet und das Online-Publishing, um die Nutzer von Empfängern von Inhalten zu Herausgebern von Inhalten zu machen.

Soziale Medien sind die Schnittstelle von Webanwendungen, die nutzergenerierte Inhalte hosten, wie Facebook, Google+, Twitter, Pinterest usw.

Soziale Medien können die Form von öffentlichen Reden, Präsentationen, Demonstrationen, Produkt- oder Dienstleistungseinführungen annehmen.

Informationen in sozialen Medien können die Form von Foren, Blogbeiträgen, Bildern, Videos, Audiodateien, Messageboards, E-Mail-Nachrichten usw. annehmen.

Wie bereits erwähnt, kann der Umfang der verarbeiteten Daten zusätzlich zu den personenbezogenen Daten auch das öffentliche Profilbild des Nutzers umfassen.

Betroffene Personen: alle registrierten Nutzer.

Der Zweck der Datenerhebung ist die Werbung für die Website oder eine verwandte Website.

Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist die freiwillige Zustimmung der betroffenen Person.

Dauer der Datenverarbeitung: gemäß den Regeln, die auf der entsprechenden Gemeinschaftsseite eingesehen werden können.

Frist für die Löschung der Daten: gemäß den Regeln, die auf der entsprechenden Website der Gemeinschaft einsehbar sind.

Zugriffsberechtigte Personen: gemäß den auf der entsprechenden Website der Gemeinschaft verfügbaren Regeln.

Rechte in Bezug auf die Datenverarbeitung: gemäß den auf der entsprechenden Website der Gemeinschaft abrufbaren Vorschriften.

Art der Speicherung der Daten: elektronisch.

Es ist wichtig zu beachten, dass ein Nutzer, der persönliche Informationen hochlädt oder einreicht, dem Betreiber des sozialen Netzwerks weltweit die Erlaubnis erteilt, diese Inhalte zu speichern und zu verwenden.

Daher ist es sehr wichtig, sich zu vergewissern, dass der Nutzer die volle Erlaubnis hat, die veröffentlichten Informationen zu veröffentlichen.

Google Analytics

Unsere Website verwendet Google Analytics benutzen nicht benutzen

Bei Verwendung von Google Analytics:

Google Analytics verwendet interne Cookies, um für seine Kunden Berichte über die Gewohnheiten der Website-Nutzer zu erstellen.

Google wird diese Informationen im Auftrag des Betreibers der Website verwenden, um auszuwerten, wie die Nutzer die Website verwenden. Als zusätzliche Dienstleistung wird Google für den Betreiber der Website Berichte über die Website-Aktivitäten zusammenstellen, um zusätzliche Dienstleistungen zu erbringen.

Die Daten werden auf den Servern von Google in verschlüsselter Form gespeichert, um die Nutzung zu erschweren und einen Missbrauch zu verhindern.

Sie können Google Analytics deaktivieren, indem Sie diese Schritte befolgen. Zitat von der Seite:

Website-Nutzer, die nicht möchten, dass Google Analytics JavaScript-Berichte über ihre Daten erstellt, können das Google Analytics-Browser-Add-on installieren, um es zu deaktivieren. Die Erweiterung verhindert, dass Google Analytics JavaScript (ga.js, analytics.js und dc.js) Informationen an Google Analytics sendet. Die Browsererweiterung kann in den meisten aktuellen Browsern verwendet werden. Das Google Analytics-Browser-Add-on verhindert nicht, dass Daten an die Website selbst und andere Webanalysedienste gesendet werden.

<https://support.google.com/analytics/answer/6004245?hl=hu>

Google-Datenschutzbestimmungen: <https://policies.google.com/privacy?hl=hu>

Weitere Informationen über die Verwendung und den Schutz von Daten finden Sie unter den oben genannten Links.

Datenschutz im Detail:

https://static.googleusercontent.com/media/www.google.com/en//intl/hu/policies/privacy/google_privacy_policy_hu.pdf

Datenverarbeiter

Anbieter von gemeinsam genutztem Raum:

Name / Firmenname:	Brainsum Kft.
Sitz:	1092 BUDAPEST, Ráday utca 5.
Telefon:	+36 30 3018406
E-Mail:	info@brainsum.com

Die von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten werden auf einem vom Hosting-Anbieter betriebenen Server gespeichert. Nur unsere Mitarbeiter oder das Personal, das den Server betreibt, haben Zugang zu den Daten, aber sie sind alle für die Sicherheit der Daten verantwortlich.

Bezeichnung der Tätigkeit: Hosting-Service, Server-Service.

Zweck der Verarbeitung: Gewährleistung des Funktionierens der Website.

Verarbeitete Daten: von der betroffenen Person bereitgestellte personenbezogene Daten

Dauer der Verarbeitung und Frist für die Löschung der Daten. Datenverarbeitung bis zur Beendigung des Betriebs der Website oder gemäß der vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Betreiber der Website und dem Anbieter des Hosting-Dienstes. Falls erforderlich, kann die betroffene Person die Löschung ihrer Daten verlangen, indem sie sich an den Hosting-Anbieter wendet.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist die Einwilligung der betroffenen Person oder die Verarbeitung aufgrund eines Gesetzes.

Datenverarbeiter

Anbieter von gemeinsam genutztem Raum:

Name / Firmenname:	Gepida Online Kft.
Sitz:	1164 Ostorhegy utca 4.
Telefon:	+3630 9 988 220
E-mail:	support@gepida.com

Die von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten werden auf einem vom Hosting-Anbieter betriebenen Server gespeichert. Nur unsere Mitarbeiter oder das Personal, das den Server betreibt, haben Zugang zu den Daten, aber sie sind alle für die Sicherheit der Daten verantwortlich.

Beschreibung der Tätigkeit: Handel mit Fahrrädern und Ersatzteilen

Zweck der Verarbeitung: Handel

Verarbeitete Daten: von der betroffenen Person bereitgestellte personenbezogene Daten

Dauer der Verarbeitung und Frist für die Löschung der Daten. Datenverarbeitung bis zur Beendigung des Betriebs der Website oder gemäß der vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Betreiber der Website und dem Anbieter des Hosting-Dienstes. Falls erforderlich, kann die betroffene Person die Löschung ihrer Daten verlangen, indem sie sich an den Hosting-Anbieter wendet.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist die Einwilligung der betroffenen Person oder die Verarbeitung aufgrund eines Gesetzes.

Datenverarbeiter

Anbieter von gemeinsam genutztem Raum:

Name / Firmenname:	Gepida Kerékpár Kft.
Sitz:	1164 Ostorhegy utca 4.
Telefon:	+36 1 400-6065
E-Mail:	support@gepida.com

Die von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten werden auf einem vom Hosting-Anbieter betriebenen Server gespeichert. Nur unsere Mitarbeiter oder das Personal, das den Server betreibt, haben Zugang zu den Daten, aber sie sind alle für die Sicherheit der Daten verantwortlich.

Beschreibung der Tätigkeit: Handel mit Fahrrädern und Ersatzteilen

Zweck der Verarbeitung: Handel

Verarbeitete Daten: von der betroffenen Person bereitgestellte personenbezogene Daten

Dauer der Verarbeitung und Frist für die Löschung der Daten. Datenverarbeitung bis zur Beendigung des Betriebs der Website oder gemäß der vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Betreiber der Website und dem Hosting-Anbieter. Falls erforderlich, kann die betroffene Person die Löschung ihrer Daten verlangen, indem sie sich an den Hosting-Anbieter wendet.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist die Einwilligung der betroffenen Person oder eine Verarbeitung auf der Grundlage eines Gesetzes.

Rechte im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung

Das Recht, Informationen anzufordern

Sie können unter den angegebenen Kontaktdaten von uns Auskunft darüber verlangen, welche Daten unser Unternehmen verarbeitet, auf welcher Rechtsgrundlage, zu welchem Zweck, aus welcher Quelle und für wie lange. Auf Ihre Anfrage hin werden wir Ihnen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen, Informationen an die von Ihnen angegebene E-Mail-Adresse senden.

Das Recht auf Berichtigung

Sie können uns unter den angegebenen Kontaktdaten um die Berichtigung Ihrer Daten bitten. Auf Ihren Antrag hin werden wir dies unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen, tun, indem wir Ihnen eine E-Mail an die von Ihnen angegebene E-Mail-Adresse senden.

Das Recht auf Löschung

Sie können die Löschung Ihrer Daten über die angegebenen Kontaktdaten beantragen. Auf Ihren Antrag hin werden wir dies unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen, tun, indem wir Ihnen eine E-Mail an die von Ihnen angegebene E-Mail-Adresse senden.

Das Recht auf Sperrung

Sie können uns unter den angegebenen Kontaktdaten um die Sperrung Ihrer Daten bitten. Die Sperrung gilt so lange, wie der von Ihnen angegebene Grund die Speicherung der Daten erforderlich macht. Auf Ihren Antrag hin werden wir dies unverzüglich, jedoch innerhalb von höchstens 30 Tagen, per E-Mail an die von Ihnen angegebene E-Mail-Adresse tun.

Das Recht auf Widerspruch

Sie können gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Widerspruch einlegen, indem Sie sich an die angegebenen Kontaktdaten wenden. Wir werden den Einspruch innerhalb kürzester Zeit ab dem Datum des Antrags, spätestens jedoch innerhalb von 15 Tagen, prüfen, entscheiden, ob er gerechtfertigt ist, und Sie per E-Mail über unsere Entscheidung informieren.

Durchsetzungsmöglichkeiten in Bezug auf die Datenverarbeitung

Sollten Sie von einer unrechtmäßigen Verarbeitung betroffen sein, teilen Sie uns dies bitte mit, damit wir den rechtmäßigen Zustand innerhalb kurzer Zeit wiederherstellen können. Wir werden unser Möglichstes tun, um das Problem in Ihrem Interesse zu lösen.

Wenn Sie der Meinung sind, dass der rechtmäßige Status nicht wiederhergestellt werden kann, teilen Sie dies bitte der Behörde unter den folgenden Kontaktdaten mit:

Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit

Postanschrift: 1374 Budapest, Pf. 603.

Adresse: 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11.

Telefon: +36 (1) 391-1400

Fax: +36 (1) 391-1410

E-mail: ugyfelszolgalat@naih.hu

URL <https://naih.hu>

Rechtsvorschriften, auf die sich die Verarbeitung stützt

- VERORDNUNG (EU) Nr. 2016/679 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).
- Gesetz CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit.
- Gesetz LXVI von 1995 über öffentliche Aufzeichnungen, öffentliche Archive und den Schutz von privatem Archivgut.
- Regierungsverordnung 335/2005 (XII. 29.) über die allgemeinen Anforderungen an die Dokumentenverwaltung durch öffentliche Einrichtungen.
- Gesetz CVIII von 2001 über bestimmte Aspekte der Dienste des elektronischen Geschäftsverkehrs und der Informationsgesellschaft.
- Gesetz C von 2003 über elektronische Kommunikation.

**EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG
PERSONENBEZOGENER DATEN**

Unterschrieben

NAME:

ADRESSE:

PERSONAL AUSWEISNUMMER:

TELEFON:

E-MAIL-ADRESSE:

**Ich erkläre, dass ich mit der Unterzeichnung dieses Dokuments freiwillig
ZUSTIMMEN werde, meine persönlichen Daten wie oben angegeben an die**

FIRMENNAME (CONTROLLER) : Olimpia Kerékpár Kft.

SITZ: 1164 BUDAPEST, Ostorhegy utca 4.

ADRESSE: 12216109-2-42

NAME DES VERTRETERS: C. Szabó Péter

als für die Verarbeitung Verantwortlicher, für folgende Zwecke: Entwurf,
Montage und Verkauf von Fahrrädern.

.....
Unterschrift/Einzelperson

.....
Unterschrift /Olimpia Kerékpár Kft.

Datum:

Information der betroffenen Person über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten

Welche Art von Datenschutzverletzung ist aufgetreten?	
Kontaktinformationen des Datenschutzbeauftragten/ Ansprechpartners	
Ursache(n), Folge(n) der Datenschutzverletzung	
Maßnahmen zur Reaktion auf die Datenschutzverletzung	

Datum: